

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 7800 M., für das übrige Ausland 9600 M. Postbezugspreis für die Länder: Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:

Die einseitige Komposition für 1200 W. Reklamseite 6000 W. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 375 W. (auflösig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 200 W. Stellensuche das erste Wort 200 W., jedes weitere Wort 150 W. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 300 W.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Korrespondent: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 28. Februar 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Polizeikonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diakoniewerkschaft, Depositenkassendirektion 3

Französische Gefängnisse für Deutsche

Paris, 27. Februar. (EP.) Aus Koblenz wird gemeldet: Die Rheinlandkommission veröffentlicht eine Ordonnanz, worin erklärt wird, daß die von der Kommission verhängten Gefängnisstrafen über 5 Jahre in Zukunft in französischen, belgischen und englischen (?) Gefängnissen verbüßt werden müssen.

Soweit wir unterrichtet sind, steht diese Ordonnanz im Widerspruch zu dem Rheinlandabkommen. Es ist auffällig, daß in der Weidung auch von englischen Gefängnissen die Rede ist. Seit dem Einmarsch in das Ruhrgebiet hat sich der Vertreter Englands an den Abstimmungen in der Rheinlandkommission nicht mehr beteiligt. Sind die englischen Gefängnisse tatsächlich in der Ordonnanz erwähnt, dann müßte der Vertreter Englands in der Kommission seine Stimme für die Ordonnanz gegeben haben, oder aber es handelt sich um eine grobe Irrführung, über die Aufklärung zu verlangen die englische Regierung genötigt wäre, wenn sie nicht zugeben will, daß Frankreich und Belgien einseitig über die englische Verwaltungshoheit verfügen.

Hennef-Asbach besetzt.

Frankfurt a. M., 27. Februar. (WIZ.) Wie die Frankf. Zeitung berichtet, haben die Franzosen die marokkanischen Besatzungstruppen in dem Flusshals zwischen den Brückenköpfen Koblenz und Köln bis an die Eisenbahnlinie Hennef-Asbach vorgeschoben und die Ortschaften Uckerath und Asbach besetzt.

Dortmund, 27. Februar. (WIZ.) Der Betrieb auf dem Dortmund-Ems-Kanal ist infolge des Versuchs der Franzosen, eine zehnpromzentige Zollabgabe einzutreiben, zum Stilllegen gekommen. Die ins besetzte Gebiet fahrenden Rähne werden in Münster zurückgehalten.

Essen, 27. Februar. (WIZ.) Gestern wurde der Bahnhof Vordelschwing bei Dortmund von den Franzosen besetzt. Der Eisenbahnverkehr ist stillgelegt. Der Hauptbahnhof Bochum wurde heute morgen für eine halbe Stunde besetzt, mehrere Eisenbahnbeamte wurden festgenommen und fortgeschleppt. Der Bürgermeister von Wetter wurde zu einem Jahr Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Die weiteren Besetzungen nachträglich notifiziert.

Paris, 27. Februar. (EP.) Die französische und die belgische Regierung übermitteln am Montag den deutschen Geschäftsträgern in Paris und Brüssel eine gleichlautende Note, worin die deutsche Regierung von der Besetzung von Königswinter, Dorch und Gaub unterrichtet und worin erklärt wird, daß diese Besetzung vorgenommen worden sei, um die Zollmaßnahmen zu erleichtern.

Französische Dementis.

Paris, 27. Februar. (EP.) Die Zeitungen veröffentlichen eine Reihe offizieller Dementis. So beruht die Meldung der „Humanität“ über Reutereien und über das Erschießen von vier französischen Soldaten auf Unrichtigkeit. Ferner sei Limburg nicht von den Franzosen besetzt worden. Über die Anhöhe bei Limburg? (Red.) Die Ausfahrt der für Holland bestimmten Kohlenzüge sei von den Franzosen nicht verboten worden. Es seien keine holländischen Schiffsdokumente beschlagnahmt, sondern nur kontrolliert worden. Bei der Durchsichtung der Bochumer Handelskammer sei nichts zerstört worden. Die Meldung von Milchdiebstählen durch französische Soldaten sowie von der Plünderung im Bahnhof Wanne sei ebenfalls unrichtig.

60 Schupobeamte verhaftet.

Essen, 27. Februar. (WIZ.) Heute wurden 60 Schupobeamte in Essen von den Franzosen verhaftet und nach Bredeley abtransportiert. Man nimmt an, daß sie ausgewiesen wurden.

Folgende weitere Überfälle, die in der Nacht zum Sonntag von französischen Soldaten verübt wurden, werden erst jetzt bekannt: Der Kaufmann B. wurde von vier französischen Soldaten in der Hansastraße zwischen 12 und 1 Uhr angehalten. Es wurden ihm 1600000 M. sowie sämtliche Wertgegenstände abgenommen.

An den Anlagen am Haumannplatz wurden einem Kaufmann, einem Architekten und einem Schüler von bewaffneten Franzosen die Uhren abgenommen.

Das gleiche Schicksal erlitten drei Bergleute in der Nähe der Zeche Hercules, als sie von ihrer Arbeit nach Hause gingen. In der W. Hefestraße wurden vier Personen angehalten, denen ihre Uhren, Wertgegenstände und Barchschaften weggenommen wurden. Dem Bergmann Johann K. wurde in der Hansastraße seine Uhr nebst Kette genommen.

Heinrich D. wurde in der gleichen Nacht von sechs Franzosen in der Steeler Straße angehalten. Man nahm ihm Uhr, Kette und 3000 M. in bar ab. Weiter wurde Josef St. in der Sonntagsnacht von fünf französischen Soldaten in der Hansastraße angehalten. Ihm wurde die Uhr mit goldener Kette abgenommen. Sein Begleiter kam ohne Verlust davon, weil er vorsichtshalber seine Wertgegenstände zu Hause gelassen hatte.

Von gestern liegen neue Meldungen über Raubüberfälle durch die Besatzungstruppen vor. Gestern wurde der 62jährige Dreher Adam St. gegen 11 Uhr abends von vier französischen Soldaten überfallen und seiner Uhr beraubt.

In der Bornstraße wurde der Schneider August R. von zwei französischen Soldaten mit vorgehaltenem Revolver angehalten. Die Franzosen eigneten sich seine Brieftasche mit etwa 100 000 Mark an. Der Maschinist Peter S. wurde gegen 10 1/2 Uhr abends in der Herkulesstraße, der Maurerpolier Friedrich Sch. gegen 10 1/2 Uhr abends in der Beuthstraße überfallen und beraubt. In der Kastenstraße wurden einem Arbeiter Uhr und Kette abgenommen. Ueber alle bisher gemeldeten Überfälle sind von der Polizeibehörde Protokolle aufgenommen worden, von denen jedesmal Abdruck an den kommandierenden General Degoutte gesandt wird.

Belgien mobilisiert das technische Personal.

Brüssel, 27. Februar. (WIZ.) Wie die Agence Belge meldet, hat die belgische Militärbehörde heute den Beamten der belgischen Staatsbahnen und des Post-, Telegraphen- und Telephonwesens durch Vermittlung ihrer vorgelegten Behörden Einberufungen zum Dienst in den besetzten Gebieten Deutschlands zukommen lassen.

Rheinlandabkommen und Militarisierung der Bahnen.

Die Reichsregierung protestiert in einer Note an die interalliierte Rheinlandkommission gegen die Maßnahmen bez. der deutschen Bahnen. In der Note heißt es:

Hier liegt also eine Reihe von Maßnahmen der Besatzungsbehörden vor, welche die schwersten Bedrückungen und Entbehrungen für die rheinische Bevölkerung zur Folge haben. Sie stehen im Widerspruch zum Rheinlandabkommen im Widerspruch, da dieses den Besatzungsbehörden nur solche Eingriffe gestattet, welche für die Sicherheit und die Bedürfnisse der Besatzungstruppen erforderlich sind. Zu irgendwelchen Zwangsmahnahmen waren aber die Besatzungsbehörden um so weniger berechtigt, als die Reichsbahn sich stets bereit erklärt hat, und noch bereit ist, die Transporte auszuführen, welche dem Rheinlandabkommen entsprechen.

Amerika für Gründung eines neuen Völkerbundes.

Washington, 27. Februar. (EP.) Wie die „United Press“ aus bester Quelle erfahren haben will, ist die amerikanische Regierung bereit, sich an der Gründung eines neuen Völkerbundes zu beteiligen, der den Zweck verfolgen würde, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern.

Eine Harding'sche Absicht durchkreuzt.

London, 27. Februar. (WIZ.) Reuter berichtet aus Washington: Eine von dem Senator Lind (Demokrat) im Senat eingebrachte Entschliessung zur Durchführung des Vorschlags des Präsidenten Harding, daß die Vereinigten Staaten Mitglied des vom Völkerbund organisierten Internationalen Gerichtshofes werden sollen, wurde ohne Erörterung auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Anzeichen mehren sich, daß der Vorschlag wenig Aussicht auf Ratifizierung während der Woche hat, die noch zur Verfügung des augenblicklichen Kongresses übrig bleibt, trotz der Unterstützung zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und führender Blätter im Lande.

Die Folgen der Ruhraktion.

Stillstand der belgischen Hüttenindustrie.

Die Folgen der französisch-belgischen Ruhraktion machen sich in Belgien jetzt auch in der Kalkindustrie stark bemerkbar. Aus Ramur, dem Zentrum dieser Hüttenindustrie für Eisenerzeugung, wird unserm Brüsseler Parteiblatt, dem „Peuple“, von seinem Korrespondenten geschrieben, daß die Lage in der Kalkindustrie immer schwieriger wird. Die Krise wüthet infolge des Mangels an Koks in der Verhüttungsindustrie und die Bestellungen werden seltener. So hat man in den Kalksteinbrüchen in Ciney einen Ofen abgedampft, und in den Kalksteinbrüchen in Wisemont sind vier Ofen von sieben ausgepöht worden. Die Firma Moreau in Wisemont, der diese sieben Ofen gehören, erklärte auf Anfrage folgendes: „Wir liefern Kalk an die Stahlwerke des Großherzogtums Luxemburg und Lothringen. Unsere Lieferungen nach Differdingen sind von täglich 100 Tonnen vor der Ruhrbesetzung auf 30 Tonnen zurückgegangen; die Fabriken von Belval in Esch stehen vollkommen still. Wir haben keine Bestellungen mehr erhalten. Wir liefern für diese Werke bis zu 70 Tonnen täglich. In Lothringen ist nur eine leichte Erholung zu verzeichnen. Im ganzen ist unsere Produktion um die Hälfte zurückgegangen; sie beträgt nur noch 120 Tonnen täglich statt 200 Tonnen.“ Wir haben vier Ofen von sieben abgedampft müssen. Die Geschäfte gehen im gegenwärtigen Augenblick sehr schlecht.“

Und auf die Frage, was kommen soll, wenn es so weiter geht, erklärte dieselbe Firma: „Das bedeutet den Stillstand der Hüttenindustrie und infolgedessen eine beträchtliche Verlangsamung in der Kalkindustrie.“

Die Kunst des Steuernsparens.

Anweisung des Zentralverbandes des Großhandels.

Die großen Unternehmerorganisationen unterhalten Riesensbüros zur Unterrichtung ihrer Mitglieder in Steuerfragen und zur Beeinflussung der bürgerlichen Parteien bei der Steuererfassung. Auch ist bereits eine gewaltige Literatur entstanden, aus der man die Kunst der „Steuerersparnis“ lernen kann. Ebenso wichtig sind die darauf bezüglichen Rundschreiben der Steuerauskunftsstellen der Unternehmerverbände. Einem solchen vertraulichen Rundschreiben der Steuerauskunftsstelle des Deutschen Großhandels vom 3. Dezember 1922 wollen wir zwei Hinweise entnehmen, die auch unsere Leser als Proben der „unerträglichen Besatzbelastung“ sehr interessieren dürften. Nach einem Hinweis auf die Bewertung von Wertpapieren wird in dem Rundschreiben folgendes Beispiel angeführt:

Der Steuerpflichtige besitzt eine Million Bankguthaben. Läßt er diese als Bankguthaben liegen, so wird sie mit einer Million zur Vermögenssteuer und zur Zwangsanleihe angelegt. Kauft er für eine Million Norddeutsche Lloyd-Aktien, so erhält er hierfür (angenommen, daß die Aktien auf 1000 stehen) für 100 000 M. nominal Aktien. Diese werden jedoch nur mit dem Durchschnittskurs von 205, also mit 205 000 M., bewertet!

Angenommen, die Aktien stehen auf 1500, und er kauft gleichfalls für 100 000 M. nominal, so nimmt er einen Kredit von 500 000 M. in Anspruch. Die Aktien werden wiederum nur mit 205, also mit zusammen 205 000 M. auf der Aktivseite eingeseht. Diesen 205 000 M. stehen auf der Passivseite 500 000 M. Kredit gegenüber, die in voller Höhe abgesetzt werden! Der Steuerpflichtige hat also trotz seines Vermögensstandes von einer Million Mark überhaupt kein Vermögen zu versteuern! Auch andere Schulden, z. B. Deniken, werden zu ihrem vollen Betrage angelegt.“

Daran wird folgende Bemerkung geknüpft:

„Diese Ersparnismöglichkeit ist derart eigenartig, daß mit einer Änderung des Gesetzes gerechnet werden muß. Das Reichsfinanzministerium ist jedenfalls auf diese offensichtliche Lücke des Gesetzes aufmerksam gemacht worden.“

Weit gefehlt! Das Reichsfinanzministerium hat keine Änderung der „eigenartigen Ersparnismöglichkeit“ vorgeschlagen, weil die bürgerlichen Parteien gar nicht daran denken, diese die Spekulation auf Effekten und Devisen so ungemein begünstigende Vorschrift aufzuheben. Sie sind der Meinung, daß es nichts schadet, wenn der Devisenspekulant viel schonender behandelt wird als der Steuerzahler, der minderwertige Papiermark besitzt. Ihr Verhalten entspricht der Meinung, daß die Dummheit des Besitzes von Papiermark wirklich Strafe verdient. . . .

Ein anderer Hinweis in dem Rundschreiben ist ebenfalls von großem Interesse. Es heißt nämlich:

„Wiesbach ist die Ansicht vertreten, daß Devisen mit dem Kurse am Stichtage in die Bilanz einzusetzen seien. Das ist unzutreffend. Für die Einkommensteuer sind Devisen gemäß § 33a EStG., wo es sich um Gegenstände des Betriebsvermögens handelt, mit dem Anschaffungspreis einzusetzen. Sie können mit dem Tageskurs eingeseht werden, wenn dieser niedriger ist. Der Sinn des § 33a EStG. geht dahin, daß noch nicht realisierte Gewinne nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden sollen. Für die Vermögenssteuer und Zwangsabgabe gilt § 25 des Zwangsanleihegesetzes, wonach der Durchschnittskurs am 30. Juni 1920 für 1921 und 1922 maßgebend ist. Auf der Passivseite der Bilanz können dagegen die Devisen mangels anderslautender gesetzlicher Vorschriften mit dem Kurse am Stichtage eingeseht werden! Hiermit ist der Dollar für die Vermögenssteuer und Zwangsanleihe auf der Aktivseite der Bilanz mit dem Durchschnittskurs, der 171 beträgt, auf der Passivseite, wenn die Bilanz den 30. November 1922 als Stichtag hat, mit rund 8000 einzusetzen!“

Wer nach dieser Anweisung verfährt und somit selbst bei Millioneneinkommen steuerfrei ist, macht sich aber nicht etwa der Steuerhinterziehung schuldig. Im Gegenteil, er handelt genau nach dem Wortlaut des Gesetzes und nach den Absichten der bürgerlichen Parteien als Gesetzgeber. Ein Antrag der Sozialdemokraten bei Beratung des Geldentwertungsgesetzes, daß Devisen stets zum Kurswert des Bilanztages einzusetzen sind, wurde abgelehnt, dafür aber beschloffen, daß Betriebe, die Devisen haben müssen, diese wie Waren, d. h. wesentlich unter ihrem Anschaffungspreis, einzusetzen können.

Der Objektivität halber wollen wir ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß das Rundschreiben vom 3. Dezember datiert. Es berücksichtigt aber nicht die letzte Änderung der Zwangsanleihe, durch die Wertpapiere und ausländische Zahlungsmittel etwas höher bewertet werden, als es die Beispiele tun. An dem Prinzip der Steuerbegünstigung wird dadurch gar nichts, an dem Maß nur sehr wenig geändert. Es bleibt noch immer so: Wer 100 000 Dollar in seinem Besitz und 11 000 Dollar Schulden hat, hat steuerlich nicht 89 000 Dollar oder 623 Millionen Mark Vermögen (31. Dezember 1922 Dollarkurs etwa 9000) — sondern gar kein



Vermögen. Er braucht weder Zwangsanleihe zu zeichnen, noch Vermögenssteuer zu zahlen. Das nennt man „Opfer des Besitzes“.

### Dr. Fischer als Fürsprecher der Fusionisten.

Vor wenigen Tagen hat der Abgeordnete Dr. Fischer (Dem.) im Steuerauschuß des Reichstages den Antrag gestellt, den Gesellschaftsstempel bei Fusionen nicht nach dem Kurswert, sondern nach dem weit niedrigeren gemeinen Wert zu bemessen, weil im Gange befindliche Fusionsbestrebungen sonst gefährdet seien. Da selbst Helferich gegen diesen Antrag Dr. Fischers Bedenken äußerte, forderte dieser von der Regierung die Erklärung, daß sie in dem von ihm angegebenen Fall auf dem Wege der Verordnung eingreife. Die Regierung lehnte dieses Verlangen ab.

Bereits im Ausschuß hatten die sozialdemokratischen Mitglieder das Verlangen Dr. Fischers, besonders aber seinen Hinweis auf einen bereits vorliegenden Fall als unstatthaft zurückgewiesen. Auch Abgeordnete bürgerlicher Parteien teilten ihre Empfindung, wenn sie sie auch nicht öffentlich zum Ausdruck brachten. Aber erst jetzt kann das Vorgehen Dr. Fischers in vollem Umfange beurteilt werden, nachdem durch die Veröffentlichung über die Bildung einer Interessengemeinschaft zwischen der Deutschen Petroleum-A.G. und den Rütgers-Werken A.-G. Arbeit darüber geschaffen ist, welches Unternehmen Dr. Fischer mit seinem Hinweis gemeint hat. In der Presse wird mitgeteilt, daß die Vorstände der Gesellschaften ermächtigt worden sind, „an Stelle des Fusionsvertrages einen Interessengemeinschaftsvertrag zu schließen für den Fall, daß wegen zu hoher Kosten der Fusion der Abschluß einer Interessengemeinschaft zweckmäßiger erscheinen sollte. Dieser Fall ist eingetreten, weil nach der heutigen Gesetzgebung der enorme Stempel von 7½ Proz. auf Basis künftiger Aktienturle zu zahlen sein würde und sich hierbei angesichts der schwankenden und unübersehbaren Kursentwicklungen ganz phantastische Steuerbeträge ergeben können, die kein solides Unternehmen tragen kann und die den Gewinn von vielen Jahren verschlingen würde“.

Hat Dr. Fischer seine Stellung als Mitglied des Reichstages dazu benutzen wollen, um die anscheinend bereits auf dem Verwaltungswege abgelehnte Forderung nach Ermäßigung des Gesellschaftsstempels mit Hilfe der Gesetzgebung durchzusetzen? Entspricht es den Aufgaben eines Abgeordneten, sich in dieser Weise zum Fürsprecher eines Sonderinteresses zu machen? Was sagt die Demokratische Partei zu ihrem Vorsitzenden, und was sagen insbesondere die der Demokratischen Partei angehörenden Arbeiter und Angestellten?

### Wo bleibt der Opferwille?

Die ungeheuerliche Steuerlast der besitzenden Kreise, die in den Verhandlungen des Steueraususses die Verschlechterung der Vorlage der Regierung herbeigeführt hat, ruft jetzt auch den Widerstand der christlichen Gewerkschaftler hervor. Unter der Überschrift: „Wo bleibt der Opferwille des Besitzes?“ schreibt „Der Deutsche“, das Organ des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“:

„Alle Steuerbeträge, die mit oder ohne Inanspruchnahme gesetzlicher Möglichkeiten nur irgendwie zurückgehalten werden konnten, sind zurückgehalten bis zur Zeit des tiefsten Standes der Mark. Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Kohlensteuer, um nur einiges zu nennen, deren Aufkommen sich normalerweise zum Zug hätte vollziehen müssen, sind in gewaltigen Summen erst im Januar, zur Zeit des tiefsten Standes unserer Mark, gezahlt. Das bedeutet die verhältnismäßige Wertlosigkeit der Summen und einen teilweise vom Gesetz selbst sanktionierten Betrug auf der einen, ungerechtfertigte Milliarden Gewinne zugunsten der Steuerhinterzieher auf der anderen Seite. Wir wiederholen, was wir oft mit

allem Nachdruck gesagt haben, daß wir die Lohnsteuer als schlechthin unerträglich ansehen, wenn nicht mit diesem ungeheuerlichen Mißbrauch endlich mit aller Entschiedenheit aufgeräumt wird. Das Gesetz über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung bietet die letzte Möglichkeit dazu.“

„Der Deutsche“ schließt mit folgender Warnung: „Wir warnen gewisse Kreise in letzter Stunde vor den Folgen ihrer Unnachgiebigkeit. Mit der steuerlichen Ungerechtigkeit der vergangenen Jahre muß und wird aufgeräumt werden. Darauf möge man sich verlassen. Diejenigen, die den Weg dazu verbarrikadieren, um sich im Augenblick der Zahlung einiger hundert Goldmark zu entziehen, sie laden nicht nur eine ungeheure Verantwortung auf sich. Es wird eines Tages für sie die Stunde bitterer Reue kommen!“

Wir wollen hoffen, daß die parlamentarischen Vertreter der christlichen Gewerkschaften diesen harten aber berechtigten Worten auch die Taten folgen lassen und sich nicht mit Zugeständnissen abgeben lassen werden, die an dem Steuerunrecht der letzten Jahre nichts Wesentliches ändern.

### Wohin steuert Bayern?

Seld gibt Rätsel auf.

München, 27. Februar. (Ca.) Zu einer hochpolitischen Rundgebung gestellte sich eine gestern abgehaltene Kreisversammlung der Bayerischen Volkspartei für Oberbayern. Auf dieser Versammlung hat der Führer der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Held, eine Rede gehalten, deren programmatische Bedeutung für die Politik der Bayerischen Volkspartei und damit auch für die Politik Bayerns überhaupt nicht zu verkennen ist. Geheimrat Held betonte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der geschlossenen Abwehrfront gegen den Feind an der Ruhr und erhob in diesem Zusammenhang gegen einen Teil der sozialdemokratischen Führer den Vorwurf, schon jetzt wieder an der Arbeit des Raumachens zu sein. Held fuhr dann fort: „Wir sind stolz darauf, eine solche Reichsregierung zu besitzen, welche es nicht dulden wird, daß Deutschland zum zweiten Male durch die Schuld der sozialdemokratischen Führer zur Kapitulation gebracht wird.“ Die Reichsregierung muß mit aller Macht von Bayern aus gestützt werden. Wenn im Norden Deutschlands sich die Dinge so entwickeln sollten, daß der bürgerlichen Regierung Cunos das Verbleiben unmöglich gemacht würde, wenn an die Stelle des jetzigen Kabinetts ein Kabinet nach den Wünschen des Herrn Breitscheid treten sollte, dann läme ein entscheidender Augenblick für die bayerische Politik. Bayern könne mit einer Linkregierung im Sinne der sozialistischen Kreise keine gemeinsame Politik machen. Das müsse einmal offen ausgesprochen werden. Damit sei nicht gesagt, um Mißdeutungen vorzubeugen, daß dies das Ende des Reiches und der deutschen Einheit bedeuten müsse. Süddeutschland müsse im Gegenteil damit die Basis für ein neues Deutschland bilden. Eine Regierung mit Hilferding und Breitscheid würde sehr bald bankrott machen. Bevor eine solche Lage eintreten könnte, müsse sich die Reichsregierung wohl zunächst einmal die Frage vorlegen, ob es nicht an der Zeit sei, an den Willen des deutschen Volkes zu appellieren. Auch der bayerische Ministerpräsident v. Kilißing wies auf die Notwendigkeit, die Abwehrfront aufrecht zu erhalten, hin und verurteilte jede Raumacherei. Er erklärte, aus seinen Besprechungen mit dem Reichskanzler den Eindruck gewonnen zu haben, daß Dr. Cuno entschlossen sei, den einmal betretenen Weg unter allen Umständen fortzusetzen.

Die Rede Helds wirkt wie ein Fanfarenstoß. Sie wird aber kaum die Wirkung der Posaunen von Jericho haben. Um den Sinn dieser reichlich temperamentvollen Ausführungen zu verstehen, wird man sie zunächst einmal aus dem Süddeutschen in das Norddeutsche überlegen müssen. Eine gewisse Art bayerischer Volksführer und solcher Leute, die sich dafür halten, führt sich nicht wohl, wenn sie nicht dauernd die Volkseele zum „Kochen“ bringen kann.

Der erste Eindruck der Rede Helds geht dahin, daß die Bayerische Volkspartei mit dem Bürgerkrieg droht, wenn die Reichsregierung eine andere Politik betreiben sollte, als es den bayerischen Hirtöpfen paßt. Aber Held widerruft

im zweiten Teil seiner Rede das, was er im ersten Teil als Menetekel an die Wand gemalt hat. Er läßt durchblicken, daß er selbst nicht für ein Verlassen der parlamentarischen Basis zu haben sei. Seine Worte sind gewunden, sehr gewunden, aber in Bayern hat man sich daran gewöhnt, sich mit scheuem Augenaufschlag nach dem Schatten Hitlers umzusehen.

Im übrigen ist nicht recht einzusehen, was die Fanfare Helds in diesem Augenblick für einen Zweck haben soll. Auf die Regierung Cuno einen Druck auszuüben, hält Herr Held selbst für unnötig. Daß er die Politik der Sozialdemokratischen Partei durch seine Heldengeste beeinflusst, dürfte Herr Held ebensowenig annehmen. Es bleibt also nur der Eindruck auf das Ausland übrig, und der wird ohne Frage ein überaus „günstiger“ sein.

### Zum Kapitel: Rechtsprechung.

Die Revision im Erzberger-Prozess verworfen.

Leipzig, 27. Februar. (Ill.) Heute fand vor dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts die Revisionsverhandlung statt, die die Staatsanwaltschaft Offenburg gegen die Freisprechung des Reichsanwalt Dr. Kilißing angeklagt hatte. Der Angeklagte war selbst nicht zugegen, sondern ließ sich durch Rechtsanwalt Dr. Buegebrunn-Göttingen vertreten. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft, Dr. Weisler, erklärte, die Revision nicht vertreten zu können. Es sei kein Anlaß, in der gegenwärtigen Zeit diesen Prozeß nochmals aufzurollen. Der Verteidiger wandte gegen die Revision ein, daß das Verfahren bei der Bildung der Vorschlagsliste der Geschworenen den gesetzlichen Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprochen hätte. Die Fragestellung an die Geschworenen sei durchaus zutreffend gewesen. Sie sei für den Angeklagten noch ungünstiger gewesen als die von der Staatsanwaltschaft gemachte, so daß das freisprechende Urteil durchaus gerechtfertigt sei. Entsprechend den Ausführungen des Reichsanwalts und des Verteidigers verwarf das Reichsgericht die Revision und hielt das freisprechende Urteil des Schwurgerichts Offenbach aufrecht.

Das Revisionsverfahren gegen ein Schwurgerichtsurteil darf bekanntlich nur aus formalen Gründen eingeleitet werden. Die Staatsanwaltschaft Offenburg sah in der Abwesenheit des zuständigen Bezirksamtmanns bei der Auswahl der Geschworenen und in der dem Geschworenen widersprechenden Stellung der Fragen bei der am 13. Juni 1922 erfolgten Schwurgerichtsverhandlung formale Verstöße, auf Grund deren ein Revisionsprozeß notwendig sei. Es ist unerträglich, wenn der Vertreter der Reichsanwaltschaft die Revision trotzdem nicht vertreten zu können glaubte, es ist unglaublich, wenn er hinzufügt, in gegenwärtiger Zeit sei kein Anlaß, den Prozeß nochmals aufzurollen. Kilißing steht bekanntlich im Verdacht, auch bei dem Attentat auf Scheidemann seine Hand im Spiele zu haben. Es ist bekannt, daß gerade in letzter Zeit wieder Mordmörder im Hintergrund der politischen Arena auftauchen. Durch eine Haltung, wie sie in der Begründung des Vertreters der Reichsanwaltschaft zum Ausdruck kommt, kann der Rechtsunsicherheit in keiner Weise entgegengearbeitet werden. Sollte gar unter dem Ausdruck „in gegenwärtiger Zeit“ die augenblickliche politische Lage gemeint sein, so würde man sich mit Recht fragen dürfen, ob ein Richter jetzt an seinem Platze ist, der sich in seinem Urteil nicht von rechtlichen Gründen, sondern von politischen Gesichtspunkten leiten läßt. Dem Urteil im Beleidigungsprozeß Gothein, dem Urteil im Prozeß Watter gegen Schiff reißt sich im Laufe weniger Tage dieses Urteil an!

Kein neuer Hermes-Prozess. In unserer gestrigen Abendausgabe hatten wir gemeldet, daß eine neue Verhandlung des Hermes-Prozesses gegen die „Freiheit“ bevorstehe. Inzwischen hat jedoch Genosse Hensel mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage die Revision zurückgezogen.

### Die fremde Stadt.

Von Joseph Roth.

Seit ungefähr einer Woche wohne ich in einer neuen Straße, und es ist, als ob ich in eine fremde Stadt geseilt wäre. Noch weiß ich wenig von den Gassen, Plätzen und Dimensionen dieser Stadt, aber die Haupteigentümlichkeit ihres Charakters glaube ich gefunden zu haben: sie ist eine Balkonstadt.

Der sie erbaut hat, war ein Architekt mit Sehnsucht nach Süden, und er machte kein Hehl daraus. Zwanzig Jahre lang ging seine Seele schwanger mit Weibchen, Ertern, Türmchen, Wetterfahnen, seine Seele war gewissermaßen ein komprimiertes Nürnberg, und im einundzwanzigsten geschah es, daß man sie auf einen freien Platz losließ. Und nun schüttete der Architekt seinen südländischen Segen aus. Weil aber die Stadt offenbar möglichst viele Menschen zu beherbergen hat, mußte er große Häuser bauen, das heißt eigentlich, ein Haus aufs andere setzen, so lange, bis vier oder fünf Häuser aufeinander hockten. Dann stülpte er über diese Ungetüme ein spitzes Nürnberger Dach und schnitzte aus den Giebeln der einzelnen Stadwerke Balkondecken und bles runde und eckige Nischen aus den Wänden der Zimmer. So also, daß seine Sehnsucht gestillt war, aber er ob. Unten tragen die Häuser die üblichen Balkondecken, die breiten Lorböden, die gläsernen Türen, die stumpfen Kanten und die zoologischen Glockenzüge, wie zum Beispiel Löwentöpfe mit lebenden Jungen, die man tägl. muß, wenn's drinnen läuten soll. In den Balkondecken blinken rahmenlose Spiegel. So, daß die Menschen, die hier von unten hinauf zu gelangen pflegen, mit Licht, wenn sie herrschten, und ohne Licht, wenn sie's noch nicht sind, sich selbst sehen dürfen, ohne sich allerdings kennen zu lernen.

Mich machen diese Häuser, in denen die sehnsüchtige Architektenseele noch liegt, so unjagbar traurig, weil sie halb sind. Es war ihre Berufung, zweckmäßig zu sein, wohnlich und dauerhaft, mit Licht und Luft. Aber ihre Sehnsucht war es, schön zu sein und zwecklos wie die Schönheit. Sie mußten sich dem lächerlichen Zwang ihrer irdischen Wesenheit fügen und durften sich erst ganz hoch oben erheben, Luxus anzulegen, aber auch ihn noch für praktische Bedürfnisse herrichten. Hier schmollt sich das Leben laufender Architekten, und der Abstand zwischen dem, was sie wollten, und dem, was sie gestiftet.

Wandte Menschen Jagen: Balkong. Das klingt so, als ob er schon hinuntergefallen wäre, mit einem Blumentopf aus Ton womöglich und einer halben Fensterscheibe dazu. Denn es steht hierzulande jeder seinen Balkon und schmückt ihn mit Geranien, Begonien und Pelargonien und anderen Pflanzen, die wie fremde Weltteile heißen. Das kommt von der Sehnsucht der Menschen, die, um von unten hinauf zu gelangen, ein halbes Leben brauchen, und die andere Hälfte zur Umkehrung in Ordnung, dem Sprichwort getreu. Wie vielleicht kommen sie in eine Gegend, die so ähnlich heißt, wie eine ihrer Blumen. Sie pflanzen das Exotische vor ihr Haus und an ihr Herz und machen das Symbol des schwer Erreichbaren heimlich. So legt sich ihr Drang ins Freie in vorgehenden Biegelsteinen aus, und auf und zwischen ihnen entsiedt sich ein Teil ihres Daseins. I. B. die Sprichwörter, aber auch die Liebe, der Appetit und das Wohlgefühl.

Dieses Licht ist rötlich gedämpft und sieht aus wie ein kleines

Waldbrändchen am Horizont oder auch wie eine kleine Ampel in einer Kapelle am Begrab irgendwo. Nun hab mir ein Gott Schönheitsdurst genug, den Waldbrände einerseits zu vermehren und andererseits zu stillen vermögen, und auch frommen Sinn, der offen ist für die Heiligkeit verlorenen Waldkapellen. Aber eine ganze Zeile verlorenen Waldkapellen, hingetupft an eine Waldreihe, und erfüllt von irdischem Tellerklappern und Silbergabelklang, ist wohl imstande, meiner Andacht eine empfindliche Wunde zu versetzen. So sehe ich manchmal mit pietätlosem Auge auf das Innenleben meiner Nachbarn, das sie nach außen schließt haben, um es auf den Balkong zu lüften. Und manchmal schäme ich mich meines überheblichen Sinnes und meiner heimlichen Schandböden, denen ich es verbiete, daß ich nicht tun kann wie meine Nachbarn. Ich sehe nur einzelne Lichter und denke der Kapellen am Begrab. Vielleicht, denke ich, wären die Menschen verformt, mehr nach innen gekehrt, wenn nicht das Wesen der Balkong darin bestände, ihren Eigentümern eine ampelartige Abgeschlossenheit vorzutauschen. Und auch das rote Licht (habe ich gefunden) ist doch eine Täuschung. Wenn es scheint, der glaubt, nicht gehen zu werden. Und wird doch nur rot gesehen. ... Und vielleicht auch wollen die Menschen gesehen werden.

Das ist gewiß; doch ich ein Einsamer bin in dieser fremden Stadt und daß mich des Morgens, wenn ich durch die Straße gehe, ein Schauer der Heimlosigkeit überfällt inmitten so vieler Heimlichkeit. Der Klang eines morgenseligen Klaviers; die weißen Gardinen hinter den Fensterscheiben; ein Mann in Hemdärmeln; eine Frau in der Nachheube; ein Hund an einem Laternenspahl; eine Tischplatte mit frisch triefendem Kaffee; ein Portier mit Messingpuste für die Türklinke; ein frischgewaschener Schusterjunge; eine hübsche Bäckerin; ein Friseur, der wie ein weißes Platon vor seiner Tür steht — alle sind mir fremd, weil sie nichts von mir wissen, obwohl sie mir alles erzählen. Sie grüßen einander mit vertrauten Blicken und in jedes Auge spiegeln sich des Nächsten Erlebnisse.

Und die Menschen hier sind sehr saubere. Sie riechen nach Seife, harter, brauner Würfelseife, mit der mich meine Tante zu waschen pflegte. Die Frauen haben ihr Haar straff zurückgeschlämmt und die Ohren frei. Es ist so eine Atmosphäre sozialer Askasung um sie. Ihre Stunden stehen über von Tätigkeit und ihre Dokumente sind in Ordnung. Sie dürfen ihre Seelen auf offener Handfläche tragen. Ihre Vergangenheit ist fleckenlos wie das Weißbrot über dem Friseurladen. Ihre Gegenwart ist Eintausen. Ihre Zukunft Rechnen. Sie sammeln ihre Tage in ein Album, wie Briefmarken. Sie sind Tage- und Jahreskammer.

Wie war ein Unbekanntes in ihrem Leben, aber auch als ein Häßliches. Im Schatten ihrer Tugenden wuchsen sie und gebieten. Ich beneide sie.

Täglich begegnet mir ein Herr auf der Treppe, der von Beruf Repräsentant ist.

Ich weiß zwar nicht, was er repräsentiert; aber er ist ein Repräsentant. Auch wenn er keine Handfläche trägt, sind seine Hände feierlich, als trügen sie Leichenlorden. Er hat einen Streifen auf dem Haupt, aber es ist ein Zylinder. Sein Schritt ist direktorial. Sein Auge ruht stolz auf etwas. Er ist stumm, aber um ihn

höre ich seine Stimme schwingen, eine tiefe Stimme mit Donnerankündigungen. Ich grüße ihn nicht, aber es ist so, als würde ich ihn grüßen. Er ist vielleicht Angehöriger eines Beerdigungsinstitutes und täglich geht er, jemand zu begraben.

Er war ein braver Sohn und er lernte fleißig. Er war gewiß irgend jemandes Stolz. Ich wollte, ich könnte neben ihm sitzen und von ihm abschreiben.

„Tänze und Spiele aus Loheland.“ Von der Frauenkolonie Loheland, die sich in einem einsamen Gebirgsort angesiedelt hat und allerhand künstlerische und kunstgewerbliche Uebungen treibt, ist in letzter Zeit viel die Rede. Eine Ausstellung ihrer Handarbeiten wird jetzt in Berlin eröffnet, und ihre Tanzgruppe produzierte sich im Schwetters-Saal, nachdem zwei Mitglieder schon vorher im „Sturm“ vor geladenem Publikum aufgetreten waren. Was sie zeigen, ist jene neue rhythmische Ausdruckskunst, bei der die Körperformen das „Gegenständliche“ weclieren und nur als bewegte reine Formen wirken wollen. Die beiden Haupttänzerinnen sind bögere, überfallene Gestalten, meist in metallglänzende, eng-anliegende Kostüme gekleidet, die wie mattflimmernde Fischhäute aussehende. Auf der Bühne herrscht ein mystisches Halbunkel, und das Ganze geht auf „Stimmung“ aus. Aber diese kommt nicht rein zustande. Regie und Darstellung sind dilettantisch. Der rhythmische Aufbau namentlich der Gruppen tänze ist nicht einheitlich, nicht klar und organisch, er zerfällt und zerklüftet, und die ungelenteten und oft unsicheren Bewegungen der Tänzerinnen fördern die Illusion. Synpathisch wirkt die erste und freundliche Hingebung, mit der die Mädchen ihre Künste ausüben, und die vornehme Tendenz, die jedes äußeren Effekt vermeidet. Der Stil der Lohelandtänzerinnen ist zweifellos fruchtbar und zukunftreich, er wird nicht nur das alte Ballett, sondern auch die naturalistische rhythmische Charakterpausette mit der Zeit verdrängen. Aber bevor man sich über seine volle Wirkung ein Urteil bilden kann, müßte er erst einmal von fertigen Künstlern ausgeübt werden. W. S.

Admirals-Palast. Ein großes künstlerisches Aufgebot war im letzten Konzert des Admirals-Palastes zugunsten der Ruhr-süchtigen. Die aus Mitgliedern der Staatsoper bestehende Kapelle unter Dr. Stiedry bot erlesene Werke: die romantische Ouvertüre zum Freischütz, eine klassische Sinfonie von Mozart (in Es-dur), die reizende Russische Ouvertüre von Peter Cornelius, dem „Reuberischen“ aus dem Bizet-Wagner-Kreis, zu der Oper „Der Barbier von Bagdad“. Die Stiedry in ihrer entzückenden Originalfassung zuerst wieder hier an der Staatsoper eingeführt hat. (Warum nimmt übrigens die prachtvolle Staatsoperkapelle nicht einen Mann dieser Art zum Leiter für ihre ständigen Sinfoniekonzerte, die leider in diesem Winter unseres Winterkonzertes einem für unsere Ansprache in keiner Weise ausreichenden Dirigenten anvertraut sind?)

Den zweiten Teil des Konzerts bestritt eine große Schar von „Attraktionen“ mit dem Orchester des Admirals-Palastes unter Einbeziehung von Clewing über Alsd bis Graf für jeden Geschmack wurde etwas geboten. Wie üblich fehlten einige, deren Namen auf den ersten Anblick als Retinierende figurieren — schade, daß manche Künstlerinnen es sich immer so leicht damit machen! — Alles fand lebhaften Beifall des zahlreichen Publikums, das den geschmackvollen, gut akustischen neuen Konzertsaal füllte. Dr. A. G.



## Die deutschvölkische Bombe.

In Stargard (Pommern) fand am Sonntag ein sozialdemokratischer Volkskongress statt, auf dem Genosse Lohse, Genossin Köhl-Köhl und die Genossen Crispian und König-Ewinmünde sprachen. Zur gleichen Zeit fand in Stettin eine Versammlung mit dem Genossen Severing als Referenten statt. Während der Veranstaltungen in Stargard wurden ein 24jähriger Student und zwei Gehilfen verhaftet. Die Vurschen führten Gaspatronen und andere Waffen mit sich. Der Student erklärte bei seiner Vernehmung, daß er und seine Begleiter die Absicht gehabt haben, Lohse, Severing und Breitheid, die sie in Stargard erwartet hatten, einmal gründlich auszurauchern. Die chemische Untersuchung hat ergeben, daß die Patronen genügt hätten, um erhebliche Brandwunden und Erkältungskranke herbeizuführen. Die Angelegenheit ist dem Oberreichsanwalt übergeben worden, der die Untersuchung weiterführt. Die Festgenommenen befinden sich in Stargard.

## Voruntersuchung gegen Kossbach.

Celzig, 27. Februar. (W.B.) Das vor dem Reichsgericht schwebende Ermittlungsverfahren gegen den kürzlich in Hamburg vorübergehend verhafteten Oberleutnant a. D. Kossbach hat jetzt zur Eröffnung der Voruntersuchung wegen Geheimbündelei geführt. Die Voruntersuchung erstreckt sich außerdem auf verschiedene Vereinigungen, die sich nach dem Verbot und der Auflösung der Formation Kossbach gebildet haben. Zu diesem gehört der Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung in Mecklenburg und in Holstein, der „Sparverein Pommern“ und eine Reihe anderer „Sparvereinigungen“.

## Das Verfahren gegen Dehme.

Durch W.B. gibt das Polizeipräsidium folgende Darstellung bekannt:

Dehme ist des Verstoßes gegen § 92 Ziffer 1 des Reichsstrafgesetzbuches verdächtig, d. h. ihm wird vorgeworfen, Nachrichten, von denen er wußte, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich ist, einer fremden Regierung mitgeteilt oder öffentlich bekanntgemacht zu haben. In welchem Umfange sich der Verdacht bestätigen wird, muß erst die noch im Gange befindliche Untersuchung ergeben.

Die Einleitung des Verfahrens ist auf Mitteilungen von Angehörigen der D.N. zurückzuführen, bei denen die journalistische Tätigkeit des Dehme Bedenken erregt hatte, besonders der Inhalt seiner an ein ausländisches Nachrichtenbüro ermittelten politischen Informationen. So berichtete er z. B. Ende des vergangenen Jahres an das Ausland über angebliche Reuter- und Ungarische Nachrichten in der Reichswehr; in den letzten Wochen verbreitete er sich in seinen Auslandsinformationen über angebliche, die deutsche Einheitsfront erschlackernde Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichskabinetts. Ferner gab er in der vergangenen Woche auch dem Ausland die Informationen über das angebliche Einvernehmen zwischen führenden Persönlichkeiten der Reichswehr und „Orgesch-Verbänden“ sowie über die angeblichen Besprechungen verschiedener Minister beim General v. Seeckt. Zu gleicher Zeit, als Dehme diese letztere Information dem Ausland weitergab, vermittelte er diese Nachrichten auch der Redaktion der „Roten Fahne“, die dann am 22. Februar 1923 den aussehenerregenden Artikel „Seeckt rüstet zum Bürgerkrieg“ veröffentlichte. Die in diesem Artikel behaupteten Tatsachen wurden durch den Reichswehrminister bekanntlich am gleichen Tage in der Reichstags-Sitzung als erfunden bezeichnet.

Nach Abschluß der zuerst noch schwebenden polizeilichen Ermittlungen werden die Vorgänge von der Berliner Polizei an die Oberreichsanwaltschaft abgegeben.

Die D.N. teilt u. a. nach mit:

Die Redaktion der D.N. hat jegliche Beziehungen zu Walter Dehme in dem Augenblick gelöst, als ihr schon lange gehegter Verdacht in bezug auf seine sehr bedenkliche politische Berichterstattung nach dem Auslande an Hand vorgefundener Beweisdokumente sich vollumfänglich bestätigte.

Die Vernehmungen der Redaktionsangestellten der D.N. auf dem Berliner Polizeipräsidium dauerten auch Dienstag den ganzen Tag an. Soweit sich bisher übersehen läßt, leugnet Dehme die Urhebererschaft an einem nach dem Auslande weitergeleiteten Bericht

**Ernst-Loller-Fester.** Diese Veranstaltung des Deutschen pazifistischen Studentenbundes im Schwedensaal war ein Abend der Aufbebauenden, der Vordemokratischen, ein Abend voll Unbrunst und Leidenschaft, würdigstes Bedenken einem revolutionären Dichter. Man kann auch Künstler sein, wenn man Ideen hat, sagte Alfred Kerr, und kritisierte so zugleich in wenigen Sätzen Gerhart Hauptmanns neueres Wirken. Kortner sprach Loller, hinreichend in der Egeste. Aber das alles war es nicht, was diesen Abend zu einem Ereignis machte. Das Ergreifende, das Erschütternde war vielmehr das Empfinden, hier inmitten einer Schaar Menschen zu stehen, die unbeschadet ihrer ideellen Einstellung zu kulturellen und politischen Problemen Diener sein wollen einer überzeitlichen, rein menschlichen Idee, friedliche Vorkämpfer des großen Ideals, das trotz Weltkrieg und Nachkriegsenttäuschung nicht eine Spur seines göttlichen Antlitzes verloren hat. So wurde der Gesang der Internationale, unter dem Zeichen des menschenbrüderlichen roten Banners, zu einer Manifestation von unerhörter Wucht. Wird der Abend dem eingetragenen Dichter helfen oder keine Reimiger zu neuen Qualitäten reizen? Wir wissen es nicht; wohl aber wissen wir, daß er für jeden Teilnehmer als unauslöschlicher Eindruck eingepreßt bleibt und auf neue die Erinnerung mahrt an eine der größten Kulturkatastrophen unseres Jahrhunderts. W. P.

Der Wertsch, dies uralte, schon von Hippokrates empfohlene Mittel der praktischen Medizin, hat durch viele Jahrhunderte eine Hauptrolle gespielt, und die Zeiten sind noch gar nicht so fern, da der Kalender an bestimmten Tagen den Wertsch vorschrieb, den man ebenso wie das Baden und Abkühlen für unbedingt notwendig hielt. Wie mit so manchem altbewährten Hausmittel hatte die moderne Heilmissenschaft auch mit diesem gehörig ausgeräumt. In neuester Zeit jedoch mehren sich wieder die Verteiliger des Wertsches, und besonders tritt für ihn Dr. Burwinkel ein, der auf Grund jahrelanger und vielkündlicher Erfahrung die hohe Bedeutung dieses Mittels in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ hervorhebt. Burwinkel schreibt dem Wertsch einen großen Wert zu bei Arterienverkalkung, bei den verschiedensten Hautkrankheiten und anderen Leiden. Er ist auch der Ansicht, daß die „heroischen Wertsche vergangener Zeiten“, die einen großen Blutverlust zur Folge hatten, nicht schädlich wirken mußten. Das Lebensalter spiele keine Rolle, denn Greise, Kinder und Säuglinge vertragen diesen Eingriff ausgezeichnet, und man hat sogar den Wertsch bei Säuglingen in jüngster Zeit verschiedentlich mit lebensrettendem Erfolg vorgenommen.

Die Gemäldegalerie Carl Nicolai, Viktorstr. 26 a., eröffnet am 1. März eine Sonderausstellung von Werken Albert Soblenbergs, welche speziell Stimmungsbilder aus der Zeit Brandenburger zeigen wird.

Hubert Schlichter zeigt im Gradillchen Kabinett, U. S. N. u. m. a. n. n. Auf demselben Platz, Kauerstr. und Gradill, in denen eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen Wertsch abgehandelt wird.

Eine Heberkübelkarte des Bundes der sozialistischen Sozialisten, von Prof. H. Adler (Moskau) bearbeitet, ist in deutscher Sprache im Verlag „Amiga“, Berlin W. 62, erschienen. Die Karte gibt die gegenwärtigen Grenzen auf dem nördlichen Halbkugel wieder.

Zum Leiter der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin für die Amtszeit vom 1. April 1923 bis dahin 1924 ist der ordentliche Professor Dr. Hugo W. Lohse gewählt und dem Staatsministerium bestätigt worden.

über angebliche Reuterereien innerhalb der Reichswehr in Münster nicht. Er hat auch zugegeben, seinen Bericht über angebliche Beratungen im Reichswehrministerium unter Vorherrschaft des Generals v. Seeckt, der in der „Roten Fahne“ erschienen ist, diesem Blatte gegeben zu haben. Es steht fest, daß Dehme alle diese und ähnliche Informationen an ein Nachrichtenbüro in Schwenningen weitergegeben hat, welches „Transatlantic News Transmission Agency“ firmiert und dessen Leiter ein gewisser W. J. Berlins ist. Dieses Nachrichtenbüro ist, wie der politische Postel bekannt ist, sehr übel beleumundet und scheint Spionagewesen gedient zu haben. Ferner ist Dehme nachgewiesen worden, daß er Sitzungsberichte des vorläufigen Reichswirtschaftsrats an ein Mitglied des Berliner französischen Generalkonsulats verkauft hat.

## Der neue Papierpreis.

Nach langen Verhandlungen ist der Druckpapierpreis für den Monat März auf 1550 M. für das Kilo festgesetzt worden. Die Rückrechnung auf den Zellstoff und Holzstoff kann mit 170 M. für das Kilo angenommen werden. Der Preis ist bindend für den Monat März, falls nicht eine Erhöhung des Kohlenpreises oder der Frachten eintritt.

## Zur Vorgeschichte der Ruhraktion.

### Ein Artikel des „Temps“.

Paris, 27. Februar. (Cea.) Der „Temps“ veröffentlicht heute abend in seinem Leitartikel Einzelheiten über die Vorgänge bei der Bononer Konferenz im Dezember vorigen Jahres sowie bei der Pariser Konferenz im Januar dieses Jahres. Anscheinend stammen diese Nachrichten aus dem heute der Presse übergebenen Gelbbuch. Nach dieser Veröffentlichung hat Deutschland entgegen den Behauptungen der deutschen offiziellen Kreise im Januar dieses Jahres keinen Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage gemacht. Während der Konferenz in London im Dezember vorigen Jahres, so heißt es in diesem Artikel, wurde den alliierten Regierungen ein Brief des Reichstanzlers Cuno vorgelegt mit einem Plan zur Regelung der Reparationen. Poincaré sagte das Resultat der Prüfung dieses Planes seinen Kollegen gegenüber in die Worte zusammen: Die deutsche Regierung bietet in ihrem Schreiben keine Garantien und keine Sicherheit. Wenn die französische Regierung erklärt, daß sie diesen Vorschlag der Konferenz nicht überreichen kann, so kann die Konferenz versichert sein, daß dieser Vorschlag als vollkommen unannehmbar betrachtet wird.

Bonar Law soll daraufhin beantragt haben, man solle die deutsche Reichsregierung fragen, ob die deutschen Industriellen bereit seien, sichere Garantien anzubieten, damit Deutschland eine Anleihe von Bedeutung ausbringen könne. Der englische Premierminister gab jedoch zu, daß die deutsche Note in seiner Weise zufriedenstellend war. Nach dem „Temps“ erklärte er, daß es selbstverständlich sei, daß diese Note unannehmbar wäre. Was die Frage der Gleichberechtigung mit den anderen Nationen in internationalen Handelsfragen betraf, stimmte Bonar Law mit Poincaré darin überein, daß eine Aufhebung der Desbuzialischen Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht einmal ins Auge gefaßt werden könne. Diese Note, so heißt es weiter, sei außerordentlich unbestimmt. Was die Ausgabe von Schatzscheinen anbetreffe, so würde dies seinen Wert haben, wenn die Ausgabebedingungen nicht verbessert würden.

Der „Temps“ gibt alsdann die Meinung Mussolinis und Thunis wieder, die sich ebenfalls gegen die deutsche Note ausgesprochen haben. Schließlich, so heißt es, war Bonar Law auch damit einverstanden, daß die deutsche Note undisputierbar sei.

Der Artikel schildert dann weiter die Vorgänge bei der Pariser Konferenz im Januar und sagt, daß bei Beginn der ersten Sitzung dieser Konferenz Poincaré seinen Kollegen von einer Demarche Mitteilung gemacht habe, die der deutsche Botschafter am Vorabend der Konferenz am Quai d'Orsay gemacht hatte. Dr. Mayer habe erklärt, unter Bezugnahme auf den Brief Cunos, daß er im Auftrag seiner Regierung Poincaré darüber zu informieren habe, daß die deutsche Regierung, nachdem sie die Frage der Reparationen mit den bevollmächtigten Vertretern des deutschen Wirtschaftslagers geprüft habe, einen Plan zur Regelung dieser Reparationen zu intercedieren, daß einem Vertreter der deutschen Regierung Gelegenheit gegeben werde, diesen Plan der Konferenz vorzulegen und zu erläutern. Die deutsche Regierung autorisierte damals Herrn Bergmann, diesen Plan der Konferenz vorzutragen. Es handelt sich also, so schreibt der „Temps“, bei dem deutschen Angebot nicht um einen schriftlichen Vorschlag, sondern lediglich um eine mündliche Demarche. Die deutsche Regierung habe also entgegen ihren jetzigen Behauptungen keinen positiven Plan aufgestellt.

Die Schlußbehauptung des „Temps“ ist uns ganz unverständlich. Wir können uns zwar nicht darauf festlegen, daß das taktische Vorgehen der Reichsregierung in London und Paris immer das Geschickteste gewesen sei; auch müssen wir ihr die Verantwortung für den Inhalt ihrer Angebote überlassen; wir kennen das letztere nicht und können daher nicht beurteilen, ob es Aussicht hatte, eine günstigere Aufnahme zu finden, als das erstere. Aber wir müssen dennoch diesem offiziellen französischen Versuch mit aller Schärfe entgegenzutreten, die Schuldfrage in diesem Punkte zu verschieben.

Die Demarche Dr. Mayers selbst, wie sie der „Temps“ erwähnt, beweist, daß Deutschland durch Herrn Bergmann einen Plan der Konferenz vorlegen wollte. Daß zunächst ein mündlicher Vortrag beabsichtigt war, ändert an den Tatsachen nichts, daß ein solcher Plan mitgebracht und überreicht werden sollte. Daß es infolge der Ablehnung des Bergmannschen Vortrages nicht mehr dazu kam, ist jedenfalls nicht Deutschlands Schuld. Alles übrige sind echt Poincarésche Haarspaltereien.

### Warum England weitere Zugeständnisse ablehnt.

Paris, 27. Februar. (E.P.) Wie der „New York Herald“ aus London erfährt, ist die letzte Forderung Poincarés, wonach ein neuer Gebietsstreifen der englischen Zone an Frankreich abgetreten und Frankreich neue Verkehrsverbindungen eingeräumt werden sollten, von Bonar Law förmlich aber bestimmt abgewiesen worden. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß Frankreich die Rheinschifffahrt entwickeln solle, um die Ruhrkohle abzuführen. In gewissen politischen Kreisen Londons sei allerdings angeregt worden, die englischen Truppen aus ihrer gegenwärtigen Befehlszone zurückzuführen und weiter südlich aufzustellen, um Frankreich an der Ruhr völlig freie Hand zu lassen, und gleichwohl die Garantien zu behalten, die der Versailler Vertrag England einräumt. Dieser Vorschlag entspreche aber nicht den offiziellen Anschauungen. England wolle auch die Möglichkeit erhalten, eventuell später an der Ruhr zu intervenieren und die englische Regierung hoffe noch immer, daß Amerika sich nächstens zu einer Intervention einschließen werde.

## Haushaltsberatungen im Landtag.

In der gestrigen Sitzung des Landtags erklärte Minister Dr. Wendorf bei der Einzelbesprechung des Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung, er erkenne voll und ganz die Bedeutung der Opfer an, welche die Landwirtschaft für die Ruhrhilfe gebracht hat. Die Pflicht, die Zahlung für Getreide unter bestimmten Voraussetzungen in Stiefeln zu leisten, werde nicht zur Folge haben, daß die Landwirte unter einem Mangel an Barmitteln zu leiden haben.

Mg. Dr. Kauffold (Dnat. Sp.): Die drei Milliarden zur Milchverbilligung sind in die Taschen der Städte gewandert, ohne daß die Verbraucher etwas davon gehabt haben.

Mg. Schulz-Neudölln (Komm.) wirt dem Minister vor, er habe seinerzeit von einem Kredit von 500 Millionen für die Konjunktionskassen gesprochen, als aber der Berliner Konjunkturverein um 25 Millionen aus diesem Fonds gebeten habe, sei die Bitte vom Finanzminister abgelehnt worden, da keine Mittel zur Verfügung ständen.

Mg. Wittich (Soz.) erklärte, der kommunistische Vorwurf sei unberechtigt, denn es seien tatsächlich für die Kartoffelbeschaffung seinerzeit beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt worden. Die drei Milliarden zur Milchverbilligung sind recht gut gewesen. Ob das Verhalten der Städte in der Milchverfertigung in allen Punkten zu billigen war, das ist freilich eine ganz andere Frage.

Nach Ausführungen des Mg. Stendel (D. Sp.) verlangt Mg. Kauffold (Dnat. Sp.) die freie Zuckerewirtschaft. Wenn die Zuckerrübenbauer nicht Klarheit darüber hätten, wie es mit der Zuckerewirtschaft im kommenden Jahre aussähe, dann werde der Zuckerrübenbau beträchtlich zurückgehen. Das sei um so bedenklicher, als ja der Zuckereport Devisen beschaffen solle.

Hierauf werden die Ausgaben für Landeskulturämter und Kulturämter in der Form bewilligt, daß nach einem Entlage der Regierungsparteien die Zahl der Vermessungssekretäre von 160 auf 173 erhöht wird. Die Titellumme für wissenschaftliche und Lehrzwecke bei den landwirtschaftlichen Lehranstalten wird nach dem Antrage des Hauptauschusses (um 500 000) auf 3 450 000 Mark erhöht.

Der Hauptauschuss hat den Fonds für Klein- und Mittelförderung von 1 600 000 M. auf zwei Millionen Mark erhöht. Der Rest des Haushalts wird ohne wesentliche Ausprüche erledigt. Die Anträge des Hauptauschusses, betreffend die Bestrafung wegen Nichtablieferung von Umlagegetreide und die Bezahlung desselben, wurden angenommen. Der Antrag des Hauptauschusses, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß von jeder weiteren Umlage im Getreide Abstand genommen wird, wird in der Hauptsache von den bürgerlichen Parteien angenommen. Zum Gegenstand, betreffend den Austausch von Stickstoffdünger gegen Getreide im Wirtschaftsjahr 1923/24, gelangt der Ausschussantrag, von jedem Austauschjunge abzusehen, gegen die Linke zur Annahme. Der Antrag unserer Genossen auf Begründung einer öffentlichen Düngerverorgungs-G. m. b. H. wird abgelehnt. Angenommen wird ein Zentrumsantrag auf Sicherstellung des Stickstoffbedarfes durch Erhöhung der Inlandsproduktion. Ein weiterer Zentrumsantrag auf unerschöpfliche Herausgabe eines auf die Domäneneinnahmen gegründeten wertbeständigen Papiers (Koggenrentenbriefe) wird dem Landwirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Sämtliche übrigen Anträge des Hauptauschusses werden angenommen, aus jenen zur Freigabe der Zuckerewirtschaft, zur Befestigung der Bekleidung des Kindeserbes u. a. Mamentlich abgelehnt wird über den Antrag der Demokraten, die selbständige Nahrung nicht auf die Größe eines wirtschaftlichen Zweigbetriebes, sondern so hoch festzusetzen, wie es ein normaler bäuerlicher Familienbetrieb erfordert. Der Antrag wird mit 191 gegen 46 Stimmen (hauptsächlich der Rechten) angenommen. Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr. Fortsetzung der Haushaltsberatung. Schluß 1/6 Uhr.

## Letzte Nachrichten.

### Stand des Sechs-Tage-Rennens.

Nachdem der Vormittag ohne besondere Ereignisse verlaufen war, erfolgten um 3 Uhr die üblichen Wertungsprints. W. Hufsch zeigte sich in blendender Form. Von den 5 Spuris gewann er allein 3, während sein Bruder Richard einmal im 2. Spurt den 4. Platz belegen konnte. Denen gab in der 90. Stunde auf, sein Partner Meiners fährt als Ergänzung weiter. Nach 90 Stunden waren 2688,5 Kilometer zurückgelegt. Der Stand des Rennens nach der Nachmittagswertung ist folgender: Bauer-Tich 178 P., Hahn-Krupfal 151 P., Gebr. Hufsch 131 P., Stellbrint-Hühler 52 P., Schreffel-Wagnussen 40 P., Manthen-Behrendt 15 P., Wittig-Kohl 14 P., eine Runde zurück Tedmer-Überger 12 P., Pamske-Kuschow 1 P. — Die 13. Wertung, die um 10 Uhr abends vorgenommen wurde, hatte folgendes Ergebnis: 1. Bauer-Tich 190 P., 2. Hahn-Krupfal 163 P., 3. Gebr. Hufsch 155 P., 4. Überger-Tedmer 93 P. (eine Runde zurück), 5. Hühler-Stellbrint 53 P. (eine Runde zurück), 6. Schreffel-Wagnussen 45 P. (eine Runde zurück), 7. Manthen-Behrendt 15 P. (eine Runde zurück), 8. Wittig-Kohl 15 P. (eine Runde zurück), 9. Pamske-Kuschow 1 P. (zwei Runden zurück). Nach der 98. Stunde (11 Uhr abends) waren 2974,350 Kilometer zurückgelegt.

## Elend und Not

drohen der deutschen Arbeiterklasse, wenn sie nicht einig und geschlossen den inneren und äußeren Gefahren die Stirne bietet. Feinde ringsum! Feinde an der Ruhr, die den deutschen Wirtschaftsförpfer zerreißen wollen. Feinde im Innern, die am Marke des Volkes saugen und seinen Kampf gegen die äußeren Gefahren erschweren.

Wer diesen Kampf fördern will, suche neue Leser und Freunde für den

### „Vorwärts“

zu gewinnen. Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenstr. — Tr. links — rechts

bei \_\_\_\_\_



# Gewerkschaftsbewegung

Zum 1. März.

Nach einer Erhebung unter den Berliner Zimmerern, die im August 1922 vorgenommen wurde, waren 91 Proz. der erfassenen Zimmerer Mitglieder ihrer freien Gewerkschaft, 4 Proz. waren Syndikalisten, 2 1/2 Proz. waren in anderen Verbänden organisiert und weitere 2 1/2 Proz. gehörten keiner Organisation an oder hatten keine Angaben über ihre Organisationszugehörigkeit gemacht. Das Organisationsverhältnis muß als ein gutes und gesundes bezeichnet werden.

Andererseits verhält es sich mit der Mitgliedschaft zur Partei und mit der Abonnentenanzahl von Arbeiterzeitungen. Es sei hier bemerkt, daß zurzeit der Erhebung die Einigung der Sozialdemokratie noch nicht vollzogen war. Bei der Erhebung ist also ein Unterschied zwischen den verschiedenen Parteien und deren Organen nicht gemacht worden. Es wurde aber festgestellt, daß nur 18,6 Proz. der Berliner Mitglieder des Zimmererverbandes politisch organisiert und nur 28,5 Proz. Leser einer Arbeiterzeitung waren. Diese Zahlen zeigen ein erschreckendes Bild vom dem politischen Tiefstand und der mangelnden Aufklärung großer Arbeitermassen. Wir dürfen wohl, ohne zu übertreiben, sagen, daß die im Zimmererverband gemachten Feststellungen, soweit Berlin in Betracht kommt, leider keine Einzelerscheinung sind. In diesem Punkte ist in den letzten Jahren viel versäumt worden. Es ist höchste Zeit, daß unsere Genossen und Bekannte an die Arbeit gehen, Mitglieder und Abonnenten werden, damit die Berliner Arbeiterbewegung auch in politischer Beziehung wieder den Platz einnimmt, auf den sie früher stolz gewesen ist. Die Arbeiterbewegung steht vor schweren Aufgaben und Kämpfen; sie wird sie nur lösen und siegreich bestehen können, wenn sie sich auch mit dem geistigen Rüstzeug wappnet. Dazu ist in erster Linie notwendig, daß sie die Zeitung liest, die ihre Interessen vertritt, und der Partei angehört, die die Partei ihrer Klasse ist, und das sind der "Vorwärts" und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

## Lohnprellerei Berliner Gastwirte.

Die Lohnverhandlungen über die Februarlöhne im Gastwirts-gewerbe scheiterten, weil die Unternehmer die Situation durch die 11-Uhr-Volizei-Stunde und durch das Tanzverbot für so schwierig erachteten, daß eine Einigung nicht zu erzielen sei. Sie verlangten die Annullierung eines Schiedsgerichts. Das Schiedsgericht trat am 8. Februar mit drei Unparteiischen zusammen und fällte einen Schiedsspruch, der u. a. den Satz enthielt:

Falls es den beiderseitigen Bemühungen gelingt, eine Verlängerung der Volizei-Stunde auf 12 Uhr zu erwirken, tritt eine Lohn-erhöhung von 10 Prozent, bei einer Tanz-erlaubnis von drei Tagen in der Woche für die Saal-geschäfte von 15 Prozent ein.

Ferner legte der Schiedspruch fest, daß für die Saalgeschäfte zunächst die Januarlöhne bestehen bleiben sollen und für die Zwischenzeit ein Pauschalbetrag als Abfindung zwischen den Parteien vereinbart werden soll.

Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitnehmern in seinem Hauptteil angenommen. Die Arbeitgeber gaben sofort Auf-trag, ein dementsprechendes Lohnabkommen zu drucken und schickten bis zum heutigen Tage auch die Löhne, die der Schiedspruch vorsieht. In einem Schreiben des Arbeitgeber-verbandes als Antwort auf die Mitteilung von der Annahme des Schiedspruchs durch die Arbeitnehmer am 15. Februar wurden mit keinem Wort irgendwelche Vorbehalte in Bezug auf den Inhalt des Schiedspruchs gemacht.

Nachdem nun am 17. Februar durch Verhandlungen mit dem Preussischen Ministerium des Innern die 12-Uhr-Volizei-Stunde und drei Tage Tanz-erlaubnis besteht, sind die Unternehmer im Gastwirts-gewerbe schwach genug, zu er-lären, daß sie die im Schiedspruch vorgesehene 15 Proz. Lohn-erhöhung nicht zahlen. Zunächst redeten sie sich aus, daß die 15 Proz. Lohn-erhöhung nur für die Saal-geschäfte gelten und zwar auf die Januarlöhne, während jeder vernünftige Mensch es geradezu als eine Unverschäm-heit sondergleichen betrachten muß, den Arbeitnehmern im Gast-wirts-gewerbe zuzumuten, sich mit 15 Proz. Lohn-erhöhung an die Januarlöhne zufriedener zu geben. Das Schieds-gericht hat niemals an eine derartige Auslegung gedacht; es hat für den Fall der Verlängerung der Volizei-Stunde um, bereits eine Lohn-erhöhung auch für die Saalgeschäfte in Höhe von 110 Proz. auf die Januarlöhne festgelegt. Den Herren Arbeitgebern im Gastwirts-gewerbe scheint aber bei dieser habnähelnden Auslegung selbst nicht ganz wohl gewesen zu sein, deswegen versuchen sie es nun mit anderen eben-so niedrigen Ausflüchten. Sie erklären heute, daß, weil der Schiedspruch nicht schriftlich vorgelegen habe, sie denselben

auch nicht angenommen hätten, weshalb sie nunmehr erst über die Annahme des Schiedspruchs entscheiden müßten. Demgegenüber steht fest, daß im letzten halben Jahre jeder Schieds-pruch mündlich abgegeben und über jeden Schiedspruch ohne schriftliche Ausfertigung von den Parteien entschieden wurde.

Die Herren Gastwirte unter Führung der Hotelbesitzer erklären heute dreist und gottesfürchtig, daß sie den Angehörigen auf Grund der verlängerten Volizei-Stunde keine Lohn-erhöhung geben können, daß diese Volizei-Stunde für sie auch gar keine große Rolle spiele. Es ist geradezu ein skandalöses Spiel, das hier aufgeführt wird. Derselben Unternehmer, die die ganze Presse mobil machten, die nicht laut genug jammern konnten, die zu 20 und 30 Mann von Mini-sterium zu Ministerium liefen, um eine Umänderung der Verordnung über das Tanzverbot und die Volizei-Stunde zu erzielen, die sich nicht scheuten, in widerlicher Weise zu ver-suchen, die Arbeitnehmer vor ihren Wagen zu spannen, daß dieselben Unternehmer heute so "schlau" sind, und sich um die Bezahlung von 15 Proz. Lohn-erhöhung brüden wollen. Diese Herrschaften haben damit nur allzu deutlich gezeigt, welsch' Geisteslinder sie sind.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-ge-stellen wird sich auf keinen Fall dieses Verhalten der Unternehmer gefallen lassen und sich mit den Mitteln zur Wehr setzen, die am wirksamsten gegen ein derartiges Treiben sind.

## Scharfmacher in der Fleischwaren-Industrie.

Seit dem 1. Januar bestehen in der Fleischwaren-Industrie Groß-Berlins ernstliche Differenzen über die Erneuerung der ge-ländigten Rahmentarife. Verschiedene Verhandlungen blieben ergebnislos. Zweimal ist der Schlichtungsausschuss in Anspruch genommen worden. Erneute freie Verhandlungen und auch solche vor dem Demobilisations-Kommissar verliefen ergebnislos. Die Geduld der Arbeitnehmer, auf eine lange Probe ge-stellt, durch das provokatorische Verhalten einzelner Arbeitgeber noch besonders gereizt, führte zur Arbeitseinstellung in einem Betriebe. Anstatt nun den Ernst der Lage zu erkennen, noch man Del ins Feuer und drohte mit der Ausperrung der gesamten Industrie. Diese Drohung verschärfte die Situation noch mehr und führte zur Ausdehnung des Streikes. Heute hat der Arbeitgeberbund seine Drohung wahr gemacht und aus-geübt.

Die Arbeiterbewegung der Fleischwaren-Industrie steht dem Kampfe mit Ruhe, gestützt auf ihre Organisation und ihr Recht, entgegen.

Daß es auch anders geht, beweist der Abschluß des Tarif-vertrages im Lederfleischer-Gezinde, wo es, wenn auch nach langer Verhandlung, nur friedlichen Verhandlung kam und die Tarife abgeschlossen sind. Selbst in der Großindustrie gibt es Betriebe, die mit der Scharfmacherei des Arbeitgeberbundes nicht einverstanden sind.

## Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

(Ortsverwaltung Berlin.)

### Lohnregelung im Buchhandel.

Die Lohnverhandlungen für die Zeit vom 25. Februar bis 17. März sind beendet. Die Funktionärerversammlung am 28. Februar hat dem Ergebnis zugestimmt. Die Spitzenlöhne be-tragen demnach für Ledige 48000 M., Rastler, Kassierer 50000 M., Verheiratete 4000 M. mehr. Die Löhne der Jugendlichen bewegen sich zwischen 18000 und 32000 M. Außerdem erfolgt für die Zeit vom 18. bis 24. Februar eine Nach-zahlung von 10000 M. für Verheiratete und für Ledige im zweiten Jahr von 7000 M., im 1. Jahr von 5000 M., für erwachsene Weib-liche von 4000 M. und für Jugendliche von 2000 M. Tarifanträge sind im Gewerkschaftshaus, Zimmer 31, gegen Legitimation ab-zuholen.

Die Kollegen, die als Betriebskassierer oder in den Betriebsrat gewählt werden, werden ersucht, nach erfolgter Wahl, sich umgehend bei den Kollegen Izbeme oder Volkmann zu melden. Es ist Pflicht aller erwachsenen Kollegen, die Jugendlichen zum Besuch der Ver-anstaltungen der Jugendfektion anzuhelfen. Auch muß jeder Kollege und jede Kollegin in der Werbeweche, die im Laufe des Monats März stattfindet, fleißig für den Verband agitieren.

## Die Kommunisten im Eisenbahnerverband.

Über den Wahlausfall in der Berliner Ortsverwaltung des Eisenbahnerverbandes schreibt uns ein parteigenössischer Eisenbahner: "Endlich, so rufen die kommunistischen Eisenbahner in Berlin, ist es uns geglückt, die verhasste Amsterdamer Ortsverwal-tung zu beseitigen." Der Sieg selbst ist aber recht gefährlich für die Moskauer Richtung, weil, die Bestätigung der neugewählten Orts-verwaltung vorausgesetzt, Laten folgen müssen. Die erste dieser Laten müßte sein, sofortige Anpassung der Löhne und Ge-

hälter an den jeweiligen Lebensmittelpreis. Die zweite: Be-seitigung der Dienstdauervorschriften und des Ge-büdingenfahrens, und die dritte Lat: Austritt aus der Ar-beitsgemeinschaft. Praktisch liegen die zwei zuerst zu lösen-den Aufgaben so, daß sie nicht von dem Bäderbühnen Berliner Kom-munisten gemeistert werden. Kennen sie wie die Kuh im Porzellan-laden herum, dann gibt es Scherben. Doch wer unsere Kommunisten in der Praxis kennengelernt hat, weiß, daß sie fromm wie die Lämmer sind. In den Ausrufen aus der Arbeitsgemeinschaft glaubt niemand weniger wie die KPD. Die politischen Parteien in Kreuz-nach haben nämlich ihre Zeitgenossenschaft mit der kommuni-stischen Jungfrau neu belebt. In dieser Erklärung (DWB.) heißt es u. a.:

Wir bekunden, daß wir in unerwiderter Treue an unserm deutschen Vaterland festhalten, 903. Deutsche Demokratische Partei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Zentrumspartei, Kommunistische Partei Deutschlands."

Was sagt die Richtung Schmidts der neugewählten Orts-verwaltung zu diesen internationalen Klassenkämpfen? Glaubt sie mit den Schwarz-Weißen die Dienstauvorschriften, die Besser-stellung von Arbeiterlöhnen und Beamtengehältern ändern zu wollen? Doch auch hier werden die "Moskauer" um eine Ausrede nicht verlegen sein. Bemerkenswert ist, daß man an dem Ge-schäftsbericht keine Kritik übt. Warum dann die kolossalen Anstrengungen gegen die alte Ortsverwaltung. Will Ge-schle nur experimentieren? Dann wäre es um die bisher geleistete kaum einjährige zähe Arbeit der Genossen Beefer, Winkler usw. geschehen.

Nun ein paar Worte zum Bahnerfolg. Zweifelsohne hätte die KPD-Liste gefügt, wenn nicht der Fall Rientorf in geschickter Art und Weise von der "Moskauer" Richtung ausgeschaltet worden wäre. Inwiefern dieser Zug von den Eingeweihten richtig beurteilt worden ist, soll hier nicht erörtert werden. Hinzu kam die Angelegenheit Bernhard. In dieser heute schon ein Urteil zu fällen nach dem Ruf der kommunistischen Anträge in der Generolver-sammlung, ist verfrüht. Fest aber steht, würden einmal die kommuni-stischen Redakteure oder sonstige Regisseure ihre Prehorgane in den Provinzen studieren, sofort würde der erdrückende Nachweis für die Aufnahme von unzähligen Schiedsgerichtsverfahren gegen die "proletarischen" Klassenrößen erbracht sein. Trotz alledem, Moskau kämpft gegen den Kapitalismus, gegen die Gehirnsbureaukratie, für die Todesstrafe gegen die Wucherer und Schieber und schließt dazu den Hund mit den Schwarz-Blau-Weißen. Das nennt man dann "Weltrevolution". Hoffen wir, daß die Moskauer im Ent-scheidungskampfe nicht auf Kinnerriedersehen verschwinden sind.

Tarifabschluss für Februar im Berliner Einzelhandel. Die Ver-handlungen mit den Arbeitgebern des Berliner Einzelhandels haben eine Erlasse von 100 Proz. auf die Januargehälter ergeben. Die gebundenen Tarife sind im Bureau des Zentralverbandes der Ange-stellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, erhältlich.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Frankfurt O.S.D. Freitag nachmittag 4 1/2 Uhr Saaltheaterstr. 14, 1. Eingang, Konferenz-zimmer. Sitzung des Aktionsausschusses und der Generolver-sammlungs-delegierten. Sympathisierende können eingeladen werden. Pünktliches und vollständiges Erscheinen erwartet der Fraktionsvorstand. K.S.D.P.-Arbeitgeber! Donnerstag 4 1/2 Uhr, gleich nach Feierabend, Sitzung des erweiterten Werksausschusses.

W-Funktionäre der Metallindustrie. Morgen, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Ver-sammlung im "Deutschen Hof", Ludowik-Strasse. Bericht über die gegenwärtige Lage, Stellungnahme zum 2. Schiedspruch, Funktionskreisweis und Mittelschicht legitimieren.

W-Funktionäre der Holzindustrie. Heute pünktl. 5 1/2 Uhr Klubhaus, Ohm-straße 2, wichtige Versammlung. Erscheinen dringend notwendig. W-Funktionäre legitimieren.

W-Funktionäre der Metallindustrie. Heute 7 Uhr in der Hofbrauerei, Plöckstr. 2-3, "Die gegenwärtige Situation in der Berliner Metallindustrie."

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein 24. Am Mittwoch, nachmit-tags 5 1/2 Uhr, findet im Vereinslokal Berliner Klubhaus, Ohmstr. 2, eine W-F-Funktionäre der Holzindustrie statt. Der Vorstand.

Metzger! Morgen, Donnerstag, 5 1/2 Uhr, im "Deutschen Hof", Ludowik-Strasse, wichtige Versammlung.

Zentralverband der Schuhmacher. Donnerstag 6 Uhr bei Becker, Weber-straße 17, Fortsetzung der Jahresgeneralversammlung. Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt.

Verantwortlich für den rechte Teil: Victor Schmidt, Berlin; für Anzeigen Teil: Olsch, Berlin. Verlag Formaco-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Strasse 1, Berlin.

## Hautauschlag, offene Füße (Krampfadern)

auch veraltete Wunden, heilt die milde und wohltuende Saniitätsrat Dr. Strahls Haussalbe (Elefant-Apotheke, Berlin S.W., Leipziger Str. 74 (Ebnhoffplatz.)

# WEISSE WOLOGNE

Verkauf soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

Hemdentuch starkfädig .....	Meter	2300.-	Damen-Taschentücher mit Hohl-saum, Stück	175.-
Linon 80 cm breit .....	Meter	3200.-	Herrn-Taschentücher mit Rip-s-kante, Stück	350.-
Linon 130 cm breit .....	Meter	5900.-	Weisse Vollvoile-Kleider	29 <sup>500.-</sup>
Kissen dazu passend, Grösse 80x80 cm .....	Stück	4500.-	Weisse Blusen aus Wäschestoff, Zephir und Voile .....	8500.-
Deckbettbezüge Linon, kräftiges Ge-webe .....	Stück	17 <sup>500.-</sup>	Einzelne Kinderschürzen versch. Größen	1750.- 2400.-
Bettlaken Doulas, Grösse 150x225 cm .....	Stück	14 <sup>000.-</sup>	Küchen-Handtücher Gerstenkorn, Grösse 40x100 cm, gesäumt und gebändert .....	1275.-
Oberhemd farbig Perkal, Umlegemanschetten und Kragen .....		15 <sup>500.-</sup>	Stuben-Handtücher Drell, Grösse 40x100 cm, gesäumt und gebändert .....	1450.-

**Damen-Nachthemden**  
halbfrei, mit Stickerei und Säumchen garniert..... **7500.-**

Hermann  
**Tietz**  
Leipziger Strasse · Alexanderplatz · Frankfurter Allee

**Damen-Garnitur**  
Hemd und Beinkleid passend, mit Stickerei und Hohl-saumverzierung ..... **10<sup>500.-</sup>**



Prozess „Morvilius“!?!... oder Köber.

Der Prozess „Morvilius“, wie er bezeichnet wird, hat wohl hauptsächlich die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit durch die Person des Direktors der Reichstreuhandgesellschaft Morvilius auf sich gelenkt...

Lebenserfahrung behaupten: man heiratet oft nicht so sehr die Verlobte als deren Familie. Der Direktor der Reichstreuhandgesellschaft wird für seine Unvorsichtigkeit wohl schwer zu büßen haben.

Wie sie anfangen.

Ja, Nachkommenschaft! Der Eugeniker und Kriminalanthropologe merke auf: Die Großmama der Frau Morvilius soll neben einer gewissen geistigen Defektheit, als Kammerjose der Königin-Mutter von Holland, die kleine Eigentümlichkeit besitzen...

Zwölf Angeklagte.

Nach Abzug der achtköpfigen Familie der Frau Köber bleibt die reichbäugige und robuste Frau Hüls, der die Frau Köber wegen ihrer Aussage am liebsten in die Haare fahren würde...

Jugendfürsorger Herr Hüls, der aus Mitleid der jungen Frau Morvilius hinter dem Rücken des Mannes gegen Wechsel für Bucherzinsen Geld leiht, damit sie in der Spielhölle der Frau Mama immer wieder ihr Glück versuchen kann...

Diebeslager — hochherrschalich.

Wie fliehend sind doch die Uebergänge von der honetten Gesellschaft zur Verbrecherloste. Der Kurfürstendam und das Schlesiische Bahnhof-Biertel haben einander nichts mehr vorzuwerfen.

Für den Kriminal- und Sozialpsychologen wird die Beweisaufnahme wenig Neues bringen. Der Zuschauerraum wird jedoch nach wie vor von Kriminalstudentinnen brechend voll sein.

Eine wohlthätige Lesehalle.

Die Gemeinde Wilmersdorf hat in ihrem neuen Stadthaus, das in dem ehemaligen Joachimsthöischen Gymnasium in der Kaiserallee untergebracht ist, eine geradezu ideal eingerichtete und ausgestattete Lesehalle installiert.

bahn benutzen, und das hohe Fahrgehalt kann lange schon nicht jeder tragen. So geht es besonders den vielen Tausenden von, nun sagen wir schon Stehtragenproletariern, und auch den vielen Arbeitern dieser Gegend, die sich weiterbilden wollen.

Die Wilmersdorfer Lesehalle ist in geeigneten Räumen untergebracht, die genügend beleuchtet und beheizt sind und deren Arbeitsstätten und Tische freundlich genug durch Blumenschmuck anmuten.

Ein neuer Giftmord.

Zwanzigtausend Mark Belohnung.

Zu dem Leichenfund an der Mühlendammstraße wurde mitgeteilt, daß der Rumpf im Schauhaus von dem Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch im Beisein des Kriminalkommissars Trettin und seiner Beamten vorläufig besichtigt wurde.

Die Untersuchung des Darms und des Magens zeigte, daß die Person eine ätzende Flüssigkeit, wahrscheinlich Karbolsäure, zu sich genommen hat, oder daß sie ihr eingeatmet worden ist.

Mordversuch aus Eifersucht.

Wegen versuchten Mordes wurde der 39 Jahre alte Maurer Josef Kuffel aus der Kaiserin-Augusta-Allee 41 von der Kriminalpolizei festgenommen.

(Nachdruck verboten. Der Markt-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Campers.

„Schnell,“ flüsterte der Major. Er bemühte sich, die Tür zu öffnen. Der Leutnant öffnete sie für ihn. Als er die Tür geöffnet hatte, konnten die Zunächststehenden einen kurzen Blick in das Innere des Wagens werfen.

Bevor er einstieg, beugte sich der Major heraus und zog ein wollenes Tuch heraus, das er mit seinem gesunden Arm von sich forschte. Der Wagen bewegte sich langsam weiter, und die ganze Dorfstraße hinterstarrten die Soldaten, die in Erwartung der Befehle da standen, auf die drei zackigen Löcher in der Tür.

Der Leutnant sah auf das Tuch, das in der Mitte der Straße lag. Er berührte es mit seinem Fuße. Es war voller Blut, das stellenweise in Klumpen getrocknet war.

Der Leutnant und die Leute seiner Kompanie sahen das Tuch an, schweigend. Die Sonne war aufgegangen und schien auf die Dächer der kleinen Häuser hinter ihnen.

5.

Als sie das nächstemal Halt machten, fand Chrisfield neben einer Batterie französischer 75er. Er sah neugierig die Franzosen an, die auf Holzstößen in ihren hellblauen Hemdsärmeln herumhingen, Karten spielten und rauchten.

„Sag ihnen doch, daß wir avancieren,“ sagte er zu Andrews.

„So?“ fragte der. „Gut. Sagene Sie mal: Die Boches laufen wie die Hasen, nicht wahr?“ rief er. Einer der Männer wandte den Kopf und lachte.

„Er sagt, sie laufen schon vier Jahre lang denselben Weg,“ überlegte Andrews. Er ließ sein Gepäc von den Schultern herabgleiten, setzte sich darauf und fischte sich eine Zigarette heraus.

„Wie lange zum Teufel werden wir diesmal hier warten müssen?“ murmelte er.

Die Schatten gepastener Bäume trocken langsam über die Straße. Die französischen Artilleristen aßen ihr Abendbrot. Ein langer Zug Lastautos holperte vorbei und bespritzte die auf beiden Seiten der Straße zusammengedrängten Leute mit Dreck.

Die Kolonne setzte sich wieder in Bewegung. Als sie die Höhe eines anderen Hügels erreichte, fühlte Chrisfield einen seltsamen, süßlichen Geruch, der ihm in der Nase Schmerz verursachte. „Gas,“ dachte er und legte seine Hand an die Gasmaske, die ihm um den Hals hing.

„Riechst du was, Andy?“ flüsterte er.

„Ich rieche was von toten Pferden und Bananend und Speiseeis, und von toten Ratten. Aber was geht uns das jetzt alles an,“ erwiderte Andrews lachend. „Das ist das dreckigste Geschäft überhaupt.“

„Er ist verrückt,“ murmelte Chrisfield zu sich selbst. Er sah in die Sterne hinauf, in den schwarzen Himmel, der sich mit der marschierenden Kolonne vorwärts zu bewegen schien. Oder standen sie und die Sterne still, während die Bäume sich von ihnen fortbewegten und mit ihren langen, dünnen Armen winkten?

Wie sie die Böschung hinunter zu marschieren begannen, hörten die Bäume plöcklich auf, und sie sahen das Tal vor sich, voll von dem Schein der Kanonen und dem weichen Licht plagerender Geschosse.

Chrisfield legte sich in einen trockenen Graben und döste, mit dem Kopf auf seinem Gepäc. Rings um ihn herum lagerten sich andere Männer. Jemandem hatte seinen Kopf auf Chrisfields Bein gelegt.

Chrisfield legte sich in einen trockenen Graben und döste, mit dem Kopf auf seinem Gepäc. Rings um ihn herum lagerten sich andere Männer. Jemandem hatte seinen Kopf auf Chrisfields Bein gelegt.







# Annahme des Reichswehrhaushalts.

Der Reichstag lehnte am Dienstag die Reichsratsvorlage über die Abänderung des Gesetzes über Reichswehrmaßnahmen zur Unter-  
stützung von Rentenempfängern ab und beschloß, daß 80 statt der  
vom Reichsrat geforderten 90 Proz. der von den Gemeinden veraus-  
lagten Unterstützungsbeträge durch das Reich zu erfolgen sind.

Es wird dann die Beratung des Haushalts des Reichs-  
wehrministeriums fortgesetzt.

Abg. Ledebour (H. Soz.): Zu welchen Zwecken unterhält die  
Reichswehr Verbindungen mit der Orgel? Wenn man nicht an  
den Kampf mit einer ausländischen Macht denkt, wie der Minister  
erklärt hat, dann zielen doch alle Manöver darauf hin, eine  
Kampfstärke gegen die Arbeiterschaft zu bilden. Nur das  
einige Profitorial wird einen neuen Kampfpuls verhindern und  
dem französischen Imperialismus widerstehen können. Der Militär-  
etat muß abgelehnt werden.

Abg. Künstler (Soz.):

Mit der Rede des Reichswehrministers vom letzten Freitag  
sind wir höchst unzufrieden. Auf die Fragen meines Partei-  
freundes Schöpflin hat der Minister eine jeden Zweifel aus-  
schließende Auskunft bisher noch nicht erteilt. Ich wiederhole  
daher die Fragen und erwarte

eine klare und eindeutige Antwort.

Diese Antwort ist der Minister dem Reichstag und dem um seine  
Sicherheit und Zukunft bangenden deutschen Volke schuldig. Herr  
Dr. Gehler muß uns Aufschluß geben, ob noch aus der Vergangen-  
heit gewisse Verbindungen einzelner Offiziere oder einzelner  
Truppenteile zu verbotenen Vereinigungen bestehen. Der Herr Mi-  
nister erklärte alle diesbezüglichen Gerüchte für erfunden. Ich  
fürchte aber, daß sich seine untergeordneten Organe den  
Teufel um die Erklärungen ihres ersten Vorgesetzten kümmern.  
(Sehr richtig! bei den Soz.) daß sie vielmehr recht rege Ver-  
bindungen angeknüpft haben und Beziehungen mit Offi-  
zieren aus der alten Armee unterhalten, die in den verschiedenen  
Offizierbänden mehr oder weniger offen eine feindselige Hal-  
tung gegen die Republik einnehmen. (Sehr richtig! bei den  
Soz.) Es ist daher an der Zeit, den nachgeordneten Stellen klar-  
zumachen, daß es bei hoher Strafe verboten ist, sich an solchen Ver-  
bindungen zu beteiligen.

Ein Beispiel für die Zustände in der Reichswehr: Am  
10. Januar d. J. fand in Freiberg i. Sa. eine Versammlung der  
Nationalsozialistischen Arbeiterpartei statt. Die Versamm-  
lung wurde aufgelöst und gleichzeitig konnte festgestellt werden,  
daß ein Reichswehrsoldat an ihr teilgenommen hat. Was soll  
nun der Kommandeur Kummerow, der vor seinen Offi-  
zieren und Mannschaften eine Ansprache hielt? Es mache sich  
nötig, den Offizieren und Mannschaften ins Gedächtnis zu rufen,  
daß die Beteiligung an nationalsozialistischen gegenrepublikanischen Ver-  
anstaltungen verboten sei. Die Beteiligung aber an solchen Ver-  
anstaltungen sei

keine Schande, sondern eine Ehre

(Hört, hört! bei den Soz.), der Geist von 1914 müsse wieder zum  
Vorbild werden. (Hört! hört! bei den Soz.) Es sei zweckmäßig, so  
sagte der Kommandeur weiter, der Unterhaltung mit „natio-  
nalen“ Kräusen nicht aus dem Wege zu gehen, sondern sie zu  
suchen (Hört! hört! links), da der Verkehr mit diesen Kräusen zur  
Bildung des einzelnen fördern könne. (Erneutes stür-  
misches Hört! hört! links.) Zumiderhandelnde müssen nicht nur be-  
straft, sondern

aus dem Heere ausgestoßen

werden. Das verlangt das deutsche Volk und vor allen Dingen die  
deutsche Arbeiterschaft. Doch die verrückten Ideen der Hitler,  
Kobach und sonstigen Bandenführer in der Reichswehr Beach-  
tung finden konnten, liegt daran, daß eine planmäßige republi-  
kanische Erziehungsarbeit in der Reichswehr nicht geleistet wird und  
nicht geleistet werden kann, solange im republikanischen Reichswehr-  
Offizierkorps Männer aus uralten Adelsgeschlechtern die  
Repräsentanten der republikanischen Reichswehr sind. Eine im De-  
zember v. J. erschienene Meldung des „Soz. Parlamentsdienstes“  
über den Diebstahl von Reichswehrwaffen durch mili-  
tärliche Geheimbünde hat das Reichswehrministerium als richtig  
befragten müssen. Ich möchte dem Herrn Reichswehrminister raten,  
nur auszuweisen, daß man ihm nicht eines schönen Tages die  
ganze Reichswehr stiehlt. (Sehr gut! links.) Von der  
Untersuchung, die damals auf Grund der erwähnten Notiz eingeleitet  
wurde, hat man bis heute nicht mehr gehört. Ich benutze da-  
her die Gelegenheit, den Minister heute erneut zu fragen: Sind wirk-  
lich die Waffen gestohlen worden? Wenn ja, dann ist damit der Be-  
weis erbracht, daß unsere Reichswehr heute noch nicht einmal  
in der Lage ist, einen ordentlichen Wachdienst einzu-  
richten. Die Wach- und Schließgeschäften werden sicher bereit  
sein, des Nachts unsere Reichswehr samt ihrem Troß fürsorglich zu  
bewachen und zu beschirmen. Wie ist es möglich, daß Mitglieder  
der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei unter Benützung  
ihrer früheren Reichswehrtause von Truppenteilen Waffen  
erlangen und an die Nationalsozialisten weiterverleihen konnten?  
Auf Grund einer Anweisung des Reichswehrministeriums hat der  
Regierungspräsident in Oppeln den Bondonführer Hendebach  
wieder freigelassen. Die Kost, die heute den republikanischen Sol-  
daten in den Soldatenzeitschriften verabsolgt wird, ist abfolgt  
nicht gelangt, sie in republikanischen Geiste zu erziehen. Die Sol-  
daten müssen es sich gefallen lassen, daß ihnen jede Woche

überflüssige monarchistische Stimmungsmache vorgelesen

wird. Man braucht sich angesichts der Tatsache, daß so außerordent-  
lich wenig republikanische Aufklärungsarbeit geleistet wird, nicht  
darüber zu wundern, daß die

Reichswehr immer noch den Einflüsterungen monarchistischer  
und sonstiger Geheimorganisationen zugänglich  
ist. Es muß dafür gesorgt werden, den Soldaten der Republik Bes-

stoff zuzuführen, der den republikanischen Staatsgedanken fördert.  
Bei dieser Gelegenheit sei die Regierung erneut daran erinnert, in  
welcher Art und Weise unser Volk von gewissenlosen, unverantwor-  
tungsfähigen Geistesirreführer und bearbeitet wird. Diejenigen, die  
heute zum gewalttätigen Aufstand auffordern, sind nicht die  
Berufenen, im Kampfe für Deutschlands Wohl und Wehe Führer  
zu sein. Sie gehören hinter Schloß und Riegel. Die ganze  
Hege der Deutschvölkischen und ihrer Gesinnungsangehörigen soll nicht  
dazu führen, den Abwehrwillen gegen den französischen Militarismus  
zu stärken, sondern sie einstimmig egoistischen und politischen Grün-  
den, damit die Herren Drahtzieher ihre monarchistischen Ver-  
strebungen einer Verwirklichung entgegenführen können. Wir sehen,  
daß sich in diesen schweren Tagen Geheimbünde zusammenschließen,  
um die schwierige Situation für ihre Interessen auszunutzen. Am  
Montag fand hier im Reichstag eine Versammlung der Deutschen  
Frauenbundes statt, in der ein Herr v. Bruß seine Rede mit den  
Worten schloß: „Dagegen gibt es nur eins: Gewalt und noch-  
mal Gewalt und zum dritten Male Gewalt.“ Als kürzlich  
Herr Wulle hier mit seinen Getreuen tagte, war die Teilnehmer-  
zahl so groß, daß die Leberkleber vielfach auf den Fußboden gelegt  
werden mußten. Dabei kolkerten aus den Leberklebern verschiedene  
Revolver und andere Waffen heraus. (Beifolles Hört! hört!  
bei den Soz. und Komm.) Alle diese Organisationen glauben jetzt,  
daß die Zeit zur Verwirklichung ihrer verbrecherischen Ziele sei  
gekommen. Wie Poincaré der Feind der deutschen Republik ist, so  
sind sie

die Feinde des deutschen Volkes.

Glauben Sie denn wirklich, daß, wenn wir auch nur 500 000 Mann  
unter die Waffen bringen, wir dann auch nur den kleinsten mili-  
tärlichen Erfolg gegen die Entente erringen könnten? Das ist  
unmöglich. Warum duldet man dann diesen Unfug? Aber man  
will diese Agitation, um Deutschland zu einer Monarchie zu  
machen. In dem Augenblick, wo die Gewalt in Deutschland Ober-  
wasser bekommen sollte, ist der Widerstand im Ruhrgebiet dahin  
und Deutschland wird seine schwerste Niederlage erleiden.  
(Sehr richtig! bei den Soz.) Die rheinisch-westfälischen Arbeiter  
kämpfen gegen die Gewalt, von welcher Seite sie auch ausgehen  
mag. In ihrer Treue zum deutschen Volk halten sie es nicht so wie  
all die deutschen Fürsten anno 1806, die nach dem Siege Napo-  
leons I. zu Tüdingen zu dem Korps überliefen, um von seinen  
Gnaden die Königskrone zu empfangen. Die Proletarier des Ruhr-  
gebiets kämpfen den Kampf um der Gerechtigkeit und der Frei-  
heit des Volkes willen. Wie wir mit aller Energie gegen  
den französischen Militarismus ankämpfen, so

werden wir auch gegen alle nationalsozialistischen Banden kämpfen,  
die vorgeben, Deutschlands Sache zu verteidigen, in Wirklichkeit aber  
Deutschland dahinbringen, wohin sie es 1914—1918 gebracht haben,  
in den Abgrund. Wir gedenken dabei der Leute, die drüben auf der  
anderen Seite des Rheins genau in unserem Sinne für  
eine deutsch-französische Verständigung kämpfen. Mit diesem  
Volke da drüben wollen wir die Verhältnisse dahin  
führen, daß die Verständigung zustandekommt. Trotzdem wir uns  
in einer Abwehrstellung gegen den französischen Militarismus be-  
finden, werden wir

alles versuchen, um eine Einigung mit Frankreich herbeizuführen  
und zwar mit den Leuten, die mit uns gemeinsam für die Völker-  
verständigung arbeiten und in diesem Sinne begriffen ich alle die  
internationalen Annäherungsversuche zu einer Verständigung des  
alten deutschen und des alten französischen Kulturvolkes und ich sage  
zum Schluß: Nieder mit allen Waffen. (Stürmisches Beifall bei den  
Sozialdemokraten.)

Reichswehrminister Dr. Gehler:

Es ist richtig, daß jetzt von Unverantwortlichen alle möglichen  
Kriegspläne ausgeheckt werden. Die Verleitung dieses Unsinns  
würde sehr zur Erheiterung dieses Hauses beitragen. Sehr bedent-  
lich ist es aber, wenn kommunistische Arbeiterführer den Ar-  
beitern vorreden, die russische Armee werde ihnen gegen Frank-  
reich und die deutschen Kapitalisten zur Hilfe eilen. Ich halte es  
für ganz ausgeschlossen, daß Semjestrinland in dieser Weise den  
deutschen Arbeitern zu Hilfe kommen kann. Die kommunistische  
Agitation ist ebenso bedenklich wie jede andere Agitation, die an  
militärischen Aktionen appellieren. Der Abgeordnete Künstler hat an  
mich verschiedene Fragen gerichtet, aber ich halte es in dieser Zeit  
für zweckmäßiger, wenn Minister nicht zu viele Reden halten. Ich  
habe nicht erklärt, daß zwischen der Reichswehr und den illegalen  
Organisationen keinerlei Verbindungen bestehen. Ich habe viel-  
mehr in engster Verbindung mit Minister Severing alle die be-  
unruhigenden Nachrichten mit größter Aufmerksamkeit nachgeprüft.  
Ich halte es aber für

unmöglich, solchen geistigen Bewegungen allein mit dem  
Polizeistat beizukommen.

(Unruhe links.) Nur von dem preussischen Minister des Innern,  
Severing, erfahre ich, ob Reichswehrlaute an verbotenen Ver-  
sammlungen teilgenommen haben, denn meine eigenen Nach-  
richtsbureaus sind ja aufgehoben. Mir geht es wie dem  
Mann einer untreuen Frau; die ganze Stadt spricht davon, nur  
er weiß nichts. (Große Heiterkeit.) Der Minister gibt nur folgende  
Erklärung ab

Die Reichswehr kann und wird die ihr gesetzlich zustehenden Auf-  
gaben — Schutz der Verfassung, Schutz der Grenzen, Aufrechter-  
haltung der Ruhe und Ordnung — nur mit den verfassungsmä-  
ßig dazu berufenen Behörden lösen. Danach ist ein Zusammen-  
wirken der Reichswehr mit Zeitschriftlichen und Selbstschußorgani-  
sationen ausgeschlossen. Gerade meine Besprechungen mit dem  
preussischen Minister des Innern hatten den Zweck, diesen Stand-  
punkt klarzulegen und das einwandfreie Zusammenarbeiten zwischen  
den beteiligten Behörden zur Erreichung dieses Zieles sicherzustellen.

In diesem Sinne sind meine Organe klar angewiesen. Ich  
werde gegen Zuwiderhandelnde mit allen mir gesetzlich zu  
Gebote stehenden Mitteln vorgehen.

Der Redner fährt dann fort: Mein Zusammenwirken mit dem  
Minister Severing verfolgt auch den Zweck, zu verhindern, daß noch  
so viele gewesene Soldaten und Offiziere mit Reichswehr-  
ausweisen herumlaufen. Ich will dafür sorgen, daß

in meiner Verwaltung nichts gegen die Verfassung und nichts  
gegen die Grundlagen der deutschen Republik

geschieht. Die Befundung kann uns aber nicht der Polizeistärke  
bringen, sondern nur die Entfaltung republikanischer Tugenden.  
(Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. v. Galkow (Dnl.) erklärt, das Tun und Treiben der  
„nationalen“ Verbände sei von vaterländischem Geiste erfüllt und  
diene dem Schutz von Recht und Ordnung. — Abg. Fröhlich (Komm.)  
wiederholt die Behauptung von der Verbindung zwischen Reichs-  
wehr und illegalen Organisationen. — Abg. Ledebour (H. Soz.)  
fordert die Abschaffung der Reichswehr, die keine Existenzberechtigung  
habe. — Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Ge-  
halt des Ministers wird bewilligt.

In der Einzelberatung stellt

Abg. Dr. Moses (Soz.)

fest, daß die Geschlechtskrankheiten und Selbstmorde in Heer und  
Marine gewaltig zugenommen haben. 13 Selbstmorde in  
der Reichswehr seien allein auf Geschlechtskrankheiten zurückzuführen.  
Die Sanitätsverwaltung müsse für hygienische Bekleidung der Sol-  
daten sorgen. 1921 seien in der Reichswehr 137 natürliche Todes-  
fälle und 105 Selbstmorde, 1922 100 Selbstmorde vorgekommen.  
Das sei prozentual siebenmal soviel wie im ganzen deutschen  
Volke. Mißhandlungen dürften nicht mehr Selbstmorde veranlassen,  
darum seien Mißhandlungen und Beschimpfungen mit Stumpf und  
Stiel auszurotten.

Der Rest des Reichswehrhaushalts wird bewilligt. Mittwochs  
2 Uhr: Marineetat, Wiederaufbauetat und Goldanleihe. — Schluß  
1/2 Uhr.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Außerordentlicher Bezirkstag.

Die Fortsetzung der Debatte über die politische Lage, sowie  
die Beschlußfassung über die zum außerordentlichen Bezirkstag am  
25. Februar gestellten Anträge findet

Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr,

in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, statt.

Als Legitimation gilt die jedem Delegierten am 25. Februar  
ausgehändigte Delegiertenkarte, die am Eingang des Saales vor-  
zulegen ist.

Die ausgegebenen Gastkarten haben ebenfalls wieder Gültigkeit.  
Die Delegierten sind zur Teilnahme ihren Mandatgebern gegen-  
über verpflichtet. Der Bezirksvorstand.

Bezirksbeamtenstag für Groß-Berlin

am Mittwoch, den 7. März 1923, abends 6 Uhr, in den Brunnenfäden, Brunnen-  
straße 14—15. Tagesordnung: 1. Sozialdemokratie und Sozialistische Arbeit. 2. Die  
Genossen Germain Wägre. 3. Diebstahl. 4. Wahlen. (Zusammenfassung der  
Bezirksarbeiten der Sozialdemokratie. Wahl der Vertreter im Bezirksvorstand. Wahl der  
Mitglieder für den Reichstagswahlkreis.) Ausgabe von Agitationsmaterial.  
(Verpachtung mitbringen.)  
Für Teilnahme berechnigt sind sämtliche Mitglieder der Beamtenswerbesten-  
schaft. Die Funktionärskarte für 1923 dient als Ausweis. Abteilungen, die  
noch keine Beamtenswerbesten gebildet haben, müssen durch den Beamtenswerbesten-  
vorstand vertreten sein. Der Bezirksvorstand.

192. Abt. Baumhulensweg. Donnerstag, den 1. März, pünktlich  
7 Uhr, in der Aula des Examen Baumhulensweg, öffentliche Ver-  
sammlung. Thema: „Ruhruhrkampf, die innere- und außenpolitische  
Lage und die Stellung der Sozialdemokratie“. Ref. Gen. Dr. Rudolf  
Breitscheid, W. d. R.

1. bis 20. Kreis. Freitag, den 11. März. Die Redungen müssen bis spätestens  
Donnerstag, den 1. März, im Sekretariat sein.  
2. Kreis. Kreisrat. Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfraktion. Spielmannstanz  
Montag und Donnerstag von 3 bis 6 Uhr in der Siemens-Schule.  
12. Kreis. Kempelhof. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Ringbahn. 4 bei Sonnei  
Sigung des gesamten Kreisvorstandes.

Heute, Mittwoch, den 28. Februar.

23. Abt. 7 1/2 Uhr Jahrelend bei Ermansdorf, Seestraße 104; Schulz, See-  
straße 108; Laube, Müllerstraße 6a; Grunewald, Kommerer Straße 19;  
Richter, Kommerer Straße 33.  
42. Abt. 7 1/2 Uhr Jahrelend in den bekannten Lokalen.  
102. Abt. Baumhulensweg. Mittwochs 12 Uhr Einbürgerung des Genossen Schill.  
Kreppow, Bondstraße, im Krematorium Reichstraße. — Freitag, den  
2. März, 4 Uhr, Einbürgerung des Genossen Paul Köhler, Baumhulens-  
straße 10, im Krematorium.  
103. Abt. Oberhulensweg. 7 1/2 Uhr im Konferenzsaal der Roten-  
Schule, Zusammenkunft aller Kommitteelieder der Verkaufsstellen 74 und  
75. Wahl von Vertretern.

Morgen, Donnerstag, den 1. März.

17., 22. und 23. Abt. 7 Uhr Versammlung der Mitglieder der Kaufmanns-  
schaft in der Schulaua Lützner Straße. Aufstellung der Kandidaten für  
die Genossenschaftsratswahl.  
27. Abt. Die Einbürgerung des verstorbenen Genossen Viech, Gleimstr. 24.  
findet mittwochs 8 Uhr im Krematorium Reichstraße statt.  
23. Abt. 7 Uhr Funktionärstag bei Bauer, Coppenstr. 20. Erscheinen Funk-  
tionäre (Vertriebsleiter, Frauenagitations- und Eltern-  
beiratsmitglieder) in Hülsh. Mitgliederbuch und Fortschrittzeitung mit-  
bringen. Rein Trinkwasser.  
Kreppow. 24. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärstag bei Tardel, Welfenstr. 24. Alle  
Funktionäre haben zu erscheinen. — 27. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärstag  
Schule Reichstraße Weg. Abrechnung der Bezirksleiter.  
Jungsozialisten. Gruppe Reichstr. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Roggenstr. 58. Vor-  
trag des Genossen Weigelt: „Der Aufbau der Partei, Arbeits- und Pro-  
duktionsweise“. — Die Gesamtsitzung findet umständelicher erst am  
15. März statt.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 1. März.

51. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Heinz, Rehringstr. 27. Thema: „Aus  
Frei Weibers Leben und Wirken“. Ref. Gen. Dittschien.  
107. Abt. Mi-Glenitz. 7 1/2 Uhr pünktlich bei Ringberg, Seimauer Str. 23.  
Thema: „Die Frau im Arbeiterkampf“. Ref. Hanna Ledebour.  
124. Abt. Wühlberg. 7 1/2 Uhr im Jugendheim des Schulgebäudes. Thema:  
„Die Frau in der Volkswirtschaft“. Ref. Genossin Sobohl, W. d. R.

# Ganz außergewöhnl. preiswerte Angebote

in fast allen Abteilungen!

## Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Trikotagen \* Schuhwaren

Warenabgabe nur gegen Verbandsbuch.

Bekleidungswerkstätte  
der Berl. Gewerkschaften  
G. m. b. H.

Kottbuser Damm 88/89  
Zimmerstraße 68  
Sebastianstraße 37/38  
Engelauer 30  
Jablonskistraße 8

Verkaufsstellen:

Schönhauser Allee,  
Eingang Schwedter Straße  
Köpenick, Kaiser-Wilhelm-Str. 101  
Wildau, Schwartzkopff-Werke  
Friedrichshagen, Friedrichstr. 51

Verkaufszeit von 10—6 Uhr.



